



Bachelor-Diplomarbeit im Studiengang Kommunikation JO
Journalismus / Organisationskommunikation
2011

Politische Orientierung von Deutschschweizer Journalisten

**vorgelegt am
IAM Institut für Angewandte Medienwissenschaft
Departement Angewandte Linguistik
ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften**

**am
05. August 2011**

**Betreuer
Guido Keel**

**Diplomand
Thomas Schlittler**
Rebenackerstrasse 13
8360 Eschlikon
E-Mail: thomas.schlittler@gmx.net
Telefon: 0041 79 311 36 18

Erklärung

Thomas Schlittler versichert hiermit, dass die Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst wurde und dass sämtliche Quellen im Text oder im Anhang nachgewiesen sind (Literatur und Quellenverzeichnis).

Bei Veröffentlichungen von oder aus der Bachelor-Diplomarbeit Sorge ich dafür, dass immer klar ist, dass es sich um eine Bachelor-Diplomarbeit handelt, die von einem Studierenden am IAM verfasst wurde. Ein Hinweis wie „eine am IAM durchgeführte Studie“ genügt nicht.

Ort, Datum:

Unterschrift:

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1 Relevanz der Arbeit	5
1.2 Ziele der Arbeit	6
1.3 Probleme der Arbeit	7
2. Theoretische Orientierung	7
2.1 Bedeutung und Einfluss der Medien	7
2.1.1 Agenda-Setting	7
2.1.2 Schweigespirale	8
2.1.3 Kommunikationsmodell nach Lazarsfeld	8
2.1.4 Fazit	8
2.2 Selektion und Verarbeitung von Nachrichten	8
2.2.1 Gatekeeper-Ansatz	9
2.2.2 News-Bias-Ansatz	9
2.2.3 Nachrichtenwert-Theorie	9
2.2.4 Fazit	10
2.3 Forschungsstand «politische Orientierung von Journalisten»	10
2.3.1 Situation Schweiz	10
2.3.2 Fazit	11
3. Methode	11
3.1 Quantitative Befragung	11
3.1.1 Fragebogen	12
3.2 Untersuchungsgegenstand	12
3.3 Rücklaufquote	13
3.4 Stichprobe	14
3.4.1 Alter	14
3.4.2 Geschlecht	14
3.4.3 Medium	14
3.4.4 Ressort	14
4. Ergebnisse	15
4.1 Sachfragen	15
4.1.1 Postmonopol Briefverkehr	15
4.1.2 Medienaufsicht	15
4.1.3 Radio- und Fernsehgebühren	15
4.1.4 Mindestlohn	16
4.1.5 Pauschalbesteuerung Ausländer	17
4.1.6 Auflockerung Bankgeheimnis	17
4.1.7 Beschränkung Manager-Gehälter	18
4.1.8 Aktive Sterbehilfe	18
4.1.9 Bau Atomkraftwerke	18
4.1.10 Dispensierung Schulunterricht	19
4.1.11 Integration Ausländer	19
4.1.12 Minarett-Verbot	20
4.1.13 Obligatorischer Militärdienst	20
4.1.14 Neutralität	20
4.1.15 EU-Beitritt	20
4.1.16 Konkordanzprinzip	21
4.1.17 Kollegialitätsprinzip	21
4.1.18 Volkswahl Bundesrat	21
4.1.19 Offenlegung Parteienfinanzierung	22
4.2 Parteipräferenzen und Mitgliedschaften	22
4.2.1 Parteipräferenz	22
4.2.2 Parteimitgliedschaft	24
4.3 Beeinflussung durch und Einfluss auf journalistische Tätigkeit	24
4.3.1 Einstellungsänderung	24
4.3.2 Bewusste Einflussnahme	25

4.3.3	Unbewusste Einflussnahme.....	25
5.	Interpretation	25
5.1	Sachfragen.....	26
5.2	Parteipräferenzen.....	28
5.3	Einstellungsänderung.....	29
5.4	Einflussnahme	29
5.5	Fazit	30
6.	Schlussteil.....	31
6.1	Zusammenfassung.....	31
7.	Literaturangaben	32
8.	Anhang	35
8.1	Fragbogen.....	35
8.2	Rücklaufquote unbereinigt.....	38
8.3	Rücklaufquote bereinigt.....	40
8.4	Auswertungen	42
8.4.1	Alter	42
8.4.2	Geschlecht	42
8.4.3	Medium.....	42
8.4.4	Ressort.....	43
8.4.5	Postmonopol Briefverkehr.....	44
8.4.6	Medienaufsicht	45
8.4.7	Radio- und Fernsehgebühren	45
8.4.8	Mindestlohn	46
8.4.9	Pauschalbesteuerung Ausländer	47
8.4.10	Auflockerung Bankgeheimnis	47
8.4.11	Beschränkung Manager-Gehälter	47
8.4.12	Aktive Sterbehilfe	48
8.4.13	Bau Atomkraftwerke	48
8.4.14	Dispensierung Schulunterricht	48
8.4.15	Integration Ausländer	49
8.4.16	Minarett-Verbot	49
8.4.17	Obligatorischer Militärdienst.....	49
8.4.18	Neutralität	50
8.4.19	EU-Beitritt	50
8.4.20	Konkordanzprinzip	50
8.4.21	Kollegialitätsprinzip	51
8.4.22	Volkswahl Bundesrat.....	51
8.4.23	Offenlegung Parteienfinanzierung	51
8.4.24	Parteipräferenz.....	52
8.4.25	Parteimitgliedschaft.....	57
8.4.26	Einstellungsänderung.....	58
8.4.27	Bewusste Einflussnahme	59
8.4.28	Unbewusste Einflussnahme.....	59
8.5	Rückmeldungen der Befragten.....	59
8.5.1	Einfluss politische Gesinnung	59
8.5.2	Untersuchung allgemein	63

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vergleich Parteipräferenzen Journalisten-Befragung/GfS-Wahlbarometer	24
Abbildung 2: Rücklaufquote unbereinigt.....	39
Abbildung 3: Rücklaufquote bereinigt.....	41
Abbildung 4: Alter (alle Befragten)	42
Abbildung 5: Geschlecht (alle Befragten).....	42
Abbildung 6: Medium (alle Befragten).....	42
Abbildung 7: Ressort (alle Befragten)	43
Abbildung 8: Ressort (nur Tageszeitungen).....	43
Abbildung 9: Ressort (nur Sonntags- und Wochenzeitungen).....	43
Abbildung 10: Ressort (nur Fernsehen)	44
Abbildung 11: Ressort (nur Radio).....	44
Abbildung 12: Postmonopol Briefverkehr (alle Befragten)	44
Abbildung 13: Medienaufsicht (alle Befragten).....	45
Abbildung 14: Radio- und Fernsehgebühren (alle Befragten; ausgenommen SRG-Redaktionen)	45
Abbildung 15: Radio- und Fernsehgebühren (nur Tageszeitungen)	45
Abbildung 16: Radio- und Fernsehgebühren (nur Sonntags- und Wochenzeitungen)	46
Abbildung 17: Radio- und Fernsehgebühren (nur Fernsehen; ausgenommen SRG-Redaktionen)	46
Abbildung 18: Radio- und Fernsehgebühren (nur Radio)	46
Abbildung 19: Mindestlohn (alle Befragten)	46
Abbildung 20: Pauschalbesteuerung Ausländer (alle Befragten)	47
Abbildung 21: Auflockerung Bankgeheimnis (alle Befragten)	47
Abbildung 22: Beschränkung Manager-Gehälter (alle Befragten)	47
Abbildung 23: Aktive Sterbehilfe (alle Befragten).....	48
Abbildung 24: Bau Atomkraftwerke (alle Befragten).....	48
Abbildung 25: Dispensierung Schulunterricht (alle Befragten).....	48
Abbildung 26: Integration Ausländer (alle Befragten)	49
Abbildung 27: Minarett-Verbot (alle Befragten).....	49
Abbildung 28: Obligatorischer Militärdienst (alle Befragten)	49
Abbildung 29: Neutralität (alle Befragten)	50
Abbildung 30: EU-Beitritt (alle Befragten)	50
Abbildung 31: Konkordanzprinzip (alle Befragten).....	50
Abbildung 32: Kollegialitätsprinzip (alle Befragten).....	51
Abbildung 33: Volkswahl Bundesrat (alle Befragten)	51
Abbildung 34: Offenlegung Parteienfinanzierung (alle Befragten).....	51
Abbildung 35: Parteipräferenz (alle Befragten)	52
Abbildung 36: Parteipräferenz (nur 18- bis 34-Jährige)	52
Abbildung 37: Parteipräferenz (nur 35- bis 44-Jährige)	53
Abbildung 38: Parteipräferenz (nur 45-Jährige und älter)	53
Abbildung 39: Parteipräferenz (nur Frauen).....	54
Abbildung 40: Parteipräferenz (nur Männer).....	54
Abbildung 41: Parteipräferenz (nur Tageszeitungen)	55
Abbildung 42: Parteipräferenz (nur Sonntags- und Wochenzeitungen).....	55
Abbildung 43: Parteipräferenz (nur Fernsehen).....	56
Abbildung 44: Parteipräferenz (nur Radio).....	56
Abbildung 45: Parteipräferenz (alle Befragten; ausgeschlossen "keine Repräsentation" und "keine Antwort")	57
Abbildung 46: Parteimitgliedschaft (alle Befragten)	57
Abbildung 47: Parteimitgliedschaft (nur Parteimitglieder; Aufschlüsselung).....	57
Abbildung 48: Einstellungsänderung (alle Befragten)	58
Abbildung 49: Einstellungsänderung (nur Geänderte; Änderungsrichtung).....	58
Abbildung 50: Bewusste Einflussnahme (alle Befragten)	59
Abbildung 51: Unbewusste Einflussnahme (alle Befragten)	59

1. Einleitung

«Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien» (Luhmann 1996: 9). Dieser Satz manifestiert, welche Verantwortung und Macht den Medien – und somit den Journalisten¹ – in einer Gesellschaft zukommt. Bedeutende Wissenschaftler gehen davon aus, dass die persönliche Einstellung eines Journalisten einen Einfluss auf seine Berichterstattung hat (vgl. bspw. Donsbach 1982). Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass die politische Gesinnung von Schweizer Journalisten bisher nur wenig erforscht worden ist. Diese Arbeit soll dazu beitragen, diese Wissenslücke zu füllen.

1.1 Relevanz der Arbeit

Die politische Orientierung bzw. die potenzielle Befangenheit von Journalisten ist in der Schweizer Öffentlichkeit immer wieder Auslöser kontroverser Debatten. Als gebührenfinanziertes Medienunternehmen steht dabei besonders die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) im Fokus der Kritik. Vertreter der Schweizerischen Volkspartei (SVP) monierten beispielsweise bei der Wahl Roger de Wecks zum neuen SRG-Generaldirektor, dass somit das «rote Staatsfernsehen» fortgesetzt werde (vgl. Schweizerische Depeschagentur 2010). Die politische Linke bemängelte in der Vergangenheit, dass in der politischen Diskussionssendung «Arena» des Schweizer Fernsehens Themen und Vertreter der SVP bevorzugt würden (vgl. Benini 2009). Die Mitteparteien dagegen hadern damit, dass sie in den SRG-Radio- und Fernsehsendungen weniger oft zu Wort kommen als die beiden Polparteien SVP und SP (vgl. Kobler 2011). Die politische Orientierung von Journalisten ist aber nicht nur im Falle der SRG ein Thema. Von rechter Seite ist ganz allgemein immer wieder von «linken Mainstream-Medien» die Rede (vgl. bspw. Hermann 2009, Gut / Kunz 2010, Baumann 2010).

Wie sensibel und emotional das Thema der politischen Orientierung von Schweizer Journalisten ist, wurde erst kürzlich wieder sichtbar, als das Wochenmagazin «Die Weltwoche» ausgewählte SRG-Redaktoren per E-Mail nach ihrem politischen Hintergrund fragte (vgl. Zürcher Presseverein 2011: 2). Das Schweizer Syndikat Medienschaffender (SSM) und die Gewerkschaften Syndicom und Impressum verfassten daraufhin einen Brief «an alle Journalistinnen und Journalisten». In diesem baten sie die Journalisten, «diese Aktion der Weltwoche gegenüber Berufskolleginnen und Kollegen zu hinterfragen und allenfalls dagegen zu protestieren», da die Weltwoche damit «in die Privatsphäre und die verfassungsmässig garantierten Freiheitsrechte der Journalisten» eingreife (vgl. ebd.: 1).

¹ Mit «Journalisten» sind in dieser Arbeit jeweils auch Journalistinnen gemeint.

Die Umfrage und der darauffolgende Brief lösten in der Schweizer Medienbranche eine Diskussion darüber aus, ob – und bis zu welchem Grad – Journalisten ihre politische Gesinnung transparent machen sollen. Einige Autoren forderten von den Redaktoren die vollständige Offenlegung der politischen Haltung (vgl. bspw. Blum 2011, Wiegand 2011), andere wiederum erachteten Transparenz in dieser Sache als unnötig, da die politische Einstellung eines Journalisten jederzeit aus dessen Erzeugnissen abgelesen werden könne (vgl. bspw. Merki 2011). Dass auch die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführte Befragung – nur die Befragung, nicht die Ergebnisse – mediale Beachtung fand (vgl. Stadler 2011, Sieber 2011), zeigt, wie umstritten die Thematik ist. Dieser mediale Disput unterstreicht aber zugleich die praktische Relevanz des gewählten Forschungsgegenstandes.

1.2 Ziele der Arbeit

Die vorliegende Studie ist der Kommunikatorforschung zuzuordnen. Durch die sozialwissenschaftliche Methode der quantitativen Befragung sollen bestehende Wissenslücken über die politische Orientierung von Deutschschweizer Journalisten gefüllt werden. Es handelt sich dabei um eine Aufforderung zur Selbstbeschreibung mit dem Ziel reliable und valide Informationen zu erhalten (vgl. Scholl 2009: 22).

Konkret soll mit einem schriftlichen Fragebogen herausgefunden werden, welche Meinung Deutschschweizer Journalisten zu spezifischen politischen Themen haben und von welcher Partei sie sich am ehesten repräsentiert fühlen. Die Resultate dieser Umfrage sollen dann mit Resultaten verglichen werden, die Befragungen der gesamtschweizerischen Bevölkerung – zu gleichen Themen – hervorgebracht haben. Durch das Gegenüberstellen der Ergebnisse soll erörtert werden, wo die Deutschschweizer Journalisten im Vergleich zur durchschnittlichen Bevölkerung politisch stehen.

Zusätzlich sollen die Journalisten Auskunft darüber erteilen, ob sich ihre politische Einstellung durch ihre journalistische Tätigkeit verändert hat, ob sie ihre politische Meinung bewusst in ihre journalistische Arbeit einfließen lassen bzw. ob sie glauben, dass ihre politische Meinung unbewusst in ihre Berichterstattung einfließt.

Nicht Teil dieser Arbeit ist hingegen eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung. Die Studie beleuchtet nur die politische Einstellung der Journalisten, liefert aber keine Erkenntnisse darüber, welche politischen Tendenzen die Berichterstattung an sich hat. Ebenfalls nicht Zweck dieser Untersuchung ist eine politische Einordnung der verschiedenen Redaktionen und Medienunternehmen. Es soll ausschliesslich ein Gesamtbild der Deutschschweizer Journalisten gezeichnet werden.

1.3 Probleme der Arbeit

In früheren Studien wurden die Journalisten oft dazu aufgefordert, ihre politische Gesinnung auf einer numerischen Skala einzuordnen (vgl. bspw. Donsbach 1982, Nyffeler 1999). Da dem Autor eine solche Verortung aber abstrakt und wenig aussagekräftig erscheint, wird in der vorliegenden Studie auf dieses Verfahren verzichtet – zumal die Einordnung auf einem einfachen Links-/Rechts-Schema ohnehin grundsätzlich problematisch ist (vgl. Giddens 1994, Schmidt 1995). Ein Vergleich von Umfragewerten, wie in dieser Arbeit, birgt aber ebenfalls gewisse Risiken. So muss man beim Gegenüberstellen vorsichtig sein, dass nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden.

Eine weitere Herausforderung für das Generieren aussagekräftiger Ergebnisse ist das Erreichen einer guten Rücklaufquote.² Frühere Untersuchungen haben nämlich gezeigt, dass Befragungen über die politische Orientierung von Schweizer Journalisten prinzipiell eine diffizile Angelegenheit sind und dass diese als Verletzung der Privatsphäre empfunden werden können (vgl. Keel 2011).

2. Theoretische Orientierung

Im folgenden Theorieteil soll aufgezeigt werden, warum eine Befragung von Journalisten über deren politische Gesinnung aus wissenschaftlicher Perspektive relevant ist. Ausgehend von der Bedeutung der Medien für die Demokratie und deren Wirkungen auf die Bevölkerung sollen anschliessend die wichtigsten Theorien über die Selektion und Verarbeitung von Nachrichten abgehandelt werden. Im letzten Kapitel der Theorie wird kurz dokumentiert, was der aktuelle Forschungsstand zum Thema «politische Orientierung von Journalisten» ist.

2.1 Bedeutung und Einfluss der Medien

Als «Schlüsselberuf» für die moderne Demokratie soll Journalismus Öffentlichkeit herstellen und dadurch Transparenz in die gesellschaftlichen Verhältnisse bringen (vgl. Meier 2007: 15). In dieser Position hat der Journalismus aber nicht nur eine grosse Verantwortung zu tragen, sondern er verfügt gleichzeitig auch über eine enorme Macht. Bereits in den 60er Jahren sprach man deshalb von den Massenmedien als «vierte Gewalt» im Staat (vgl. Claußen / Geißler 1996: 151). Dass die Medien einen Einfluss auf die Öffentlichkeit haben, ist unumstritten. Hingegen ist es schwierig zu erforschen – und deshalb kontrovers – wie die alltäglichen Wirkungen des Journalismus genau aussehen (vgl. Meier 2007: 112).

2.1.1 Agenda-Setting

Ein wichtiger Ansatz der neueren Kommunikationswissenschaft ist, dass die Medien bestehende Meinungen oder Einstellungen nicht so sehr beeinflussen, sondern dass sie die

² In der Praxis wird eine Rücklaufquote von über 20 Prozent allgemein als «gutes Ergebnis» bezeichnet (vgl. Merten / Teipen 1991: 111). Diese Definition gilt auch für diese Arbeit.

Bevölkerung lediglich auf neue Sachverhalte und Probleme aufmerksam machen (vgl. Bonfadelli 2004: 302). Diese sogenannte «Agenda-Setting»-Theorie besagt, dass die Medien zwar nicht bestimmen, was die Menschen denken, aber über was sie sich Gedanken machen (vgl. Cohen 1963).

2.1.2 Schweigespirale

Eine weitere Theorie betreffend der Beziehungen zwischen Medien und Öffentlichkeit nennt sich «Schweigespirale». Diese in den 70er Jahren entwickelte Theorie kann folgendermassen zusammengefasst werden: Viele Menschen stehen in bestimmten Fällen nur dann öffentlich zu ihrer Meinung, wenn sie davon ausgehen, dass diese der Mehrheitsmeinung entspricht. Sie beobachten deshalb ihre Umgebung – und besonders die Medienberichterstattung – um zu sehen, was in der Öffentlichkeit die vorherrschende Meinung zu sein scheint. Wenn die Menschen nun glauben, dass sie mit ihrer Meinung in der Minderheit sind, schweigen sie. Die in den Medien verbreitete Meinung weitet sich aber aus und wird zur tatsächlichen Meinung der Öffentlichkeit. Wenn die Medienmeinung mit der Mehrheitsmeinung von Beginn an identisch ist, ist diese Spirale nicht weiter tragisch. Problematisch wird es aber dann, wenn die Medienberichterstattung unausgewogen eine Minderheitsmeinung vertritt, die dadurch zur Mehrheitsmeinung wird (vgl. Noelle-Neumann 1982). Bis heute ist die Theorie der Schweigespirale umstritten. Sie wird aber weiterhin empirisch untersucht (vgl. Meier 2007: 116).

2.1.3 Kommunikationsmodell nach Lazarsfeld

Sowohl die Agenda-Setting-Theorie als auch die Schweigespirale sind den Medienwirkungsthesen der «mächtigen Medien» zuzuordnen. Im 20. Jahrhundert war allerdings lange Zeit das Kommunikationsmodell nach Paul Felix Lazarsfeld die vorherrschende Lehrmeinung. Dieses Modell besagt, dass die Menschen in erster Linie durch den direkten Kontakt mit anderen Menschen in ihrer Meinungsbildung beeinflusst werden und dass die Wirkung der Massenmedien ziemlich gering ist (vgl. Schenk 2007: 350).

2.1.4 Fazit

Abschiessend kann gesagt werden, dass die Auswirkungen der Berichterstattung auf die Öffentlichkeit und auf die Meinung der Rezipienten nicht immer und nicht eindeutig nachgewiesen werden können. Dennoch gründen ethische Grundsätze des Journalismus in der Regel auf vermuteten und bewiesenen Wirkungen des Journalismus (vgl. Meier 2007: 118).

2.2 Selektion und Verarbeitung von Nachrichten

Die Befragung von Journalisten nach ihrer politischen Orientierung ist nur dann von Relevanz, wenn man davon ausgeht, dass die persönliche Gesinnung bewusst oder unbewusst in die Berichterstattung einfließt. Diese Annahme eines individuellen Einflusses hat in der

Medienkommunikationsforschung eine lange Tradition und dient auch als Legitimitätsgrundlage für diese Untersuchung. Damit aber auch andere Ansätze nicht ungenannt bleiben, werden in diesem Kapitel abweichende Theorien ebenfalls erläutert. Grundsätzlich lässt sich die Nachrichtenforschung in die drei Teilbereiche Gatekeeper-Forschung, News-Bias-Forschung und Nachrichtenwert-Theorie aufteilen. Da diese Forschungstraditionen allerdings auch Querverbindungen und Überschneidungen aufweisen, sind die einzelnen empirischen Studien nicht immer einem Ansatz zuzuordnen (vgl. Staab 1990: 11).

2.2.1 Gatekeeper-Ansatz

Die Gatekeeper-Forschung nahm ihren Anfang in den 50er Jahren mit der Studie «The Gatekeeper» von David Manning White. Das Ziel der Gatekeeper-Forschung war herauszufinden, wie der Gatekeeper aus den unterschiedlichen Ereignissen diejenigen auswählt, die er zu Nachrichten weiterverarbeitet (vgl. Vontobel 2005: 10). Die Basis-Studie kam zum Ergebnis, dass die Nachrichtenauswahl von Journalisten stark von deren persönlichen Erfahrungen und Einstellungen abhängt (vgl. White 1950). Diese Annahme hatte besonders in den kommunikationswissenschaftlichen Untersuchungen der 70er Jahre Hochkonjunktur (vgl. bspw. Donsbach 1982), fließt aber bis heute in die Kommunikatorforschung mit ein (vgl. Keel 2011).

2.2.2 News-Bias-Ansatz

Die News-Bias-Forschung will Unausgewogenheiten, Einseitigkeiten und politische Tendenzen in der Medienberichterstattung messen und Klarheit über deren Ursachen gewinnen (vgl. Staab 1990: 27). Der News-Bias-Ansatz kohäriert mit dem Gatekeeper-Ansatz und postuliert grundsätzlich ebenfalls einen Zusammenhang zwischen den persönlichen politischen Einstellungen von Journalisten und deren Nachrichtenselektion (vgl. Nyffeler 1999: 19). Im Gegensatz zur Gatekeeper-Forschung fokussiert sich der News-Bias-Ansatz aber weniger auf die Publikationsentscheidung der Journalisten, sondern viel mehr auf die (politische) Tendenz der Berichterstattung (vgl. Vontobel 2005: 14). Der News-Bias-Ansatz geht davon aus, dass der Journalist je nach Medienunternehmen mit verschiedenen Mitteln auf die redaktionelle Linie gebracht wird (vgl. ebd.: 15). Oft übernehmen die Redaktoren die Linie der Redaktion aber auch selbstständig durch das Konsumieren des eigenen Mediums, durch Gespräche mit Kollegen oder durch die Orientierung an Vorgesetzten (vgl. Breed 1973).

2.2.3 Nachrichtenwert-Theorie

Widersprochen wird dem Gatekeeper- und dem News-Bias-Ansatz von der Nachrichtenwert-Theorie. Diese bestreitet eine politische Linie der Medien und behauptet, dass Ereignisse, die von den Medien aufgegriffen werden, nach bestimmten journalistischen Kriterien – Nachrichtenwerten – ausgewählt werden (vgl. Vontobel 2005: 8f.). Je mehr Nachrichtenfaktoren ein Ereignis erfüllt, desto grösser ist die Chance, dass aus dem Ereignis eine Nachricht wird.

Einzelne fehlende Kriterien können zudem durch andere ausgeglichen werden (vgl. Galtung / Ruge 1970). Welches die ausschlaggebenden Nachrichtenwerte genau sind, ist in der Nachrichtenwertforschung allerdings umstritten. Parallel zueinander gibt es mehrere Nachrichtenwertkataloge. Schulz beispielsweise nennt 18 Nachrichtenfaktoren, welche er in folgende sechs «Dimensionen» einordnet: Status, Valenz, Relevanz, Identifikation, Konsonanz und Dynamik (vgl. Schulz 1997: 70ff.).

2.2.4 Fazit

Wie bereits in der Einleitung zu diesem Theorieabschnitt angedeutet, haben der Gatekeeper- und der News-Bias-Ansatz viele Gemeinsamkeiten. In diesem kurzen Überblick konnten jedoch bei Weitem nicht alle Facetten der beiden Ansätze ausgearbeitet werden. Der Abriss sollte aber genügen, um das Bewusstsein zu stärken, dass das Individuum – der persönliche Hintergrund und die persönliche Einstellung der Journalisten – seit jeher Gegenstand der Kommunikationsforschung war. Ob man jetzt davon ausgeht, dass der einzelne Journalist einen grossen Einfluss auf die (politische) Berichterstattung hat (vgl. bspw. Donsbach 1982), oder ob man den entscheidenden Einfluss eher der Redaktion zuschreibt (vgl. bspw. Weischenberg 1989), beeinflusst die Legitimitätsgrundlage dieser Studie nicht.

2.3 Forschungsstand «politische Orientierung von Journalisten»

Die Untersuchung der politischen Orientierung von Journalisten hat in verschiedenen Studien weltweit immer wieder eine grosse Bedeutung gehabt (vgl. Keel 2011). Da in der vorliegenden Arbeit aber nur die Journalisten der Deutschschweiz im Fokus stehen, soll das Augenmerk auf den aktuellen Wissensstand über die Schweiz gelegt werden. Studien über die politische Orientierung von Journalisten in anderen Ländern spielen keine Rolle.

2.3.1 Situation Schweiz

In der Schweiz hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass bei Journalisten das Fragen nach der politischen Gesinnung als Verletzung der Privatsphäre empfunden werden kann und «grundsätzlich problematisch» ist (vgl. Keel 2011). Bei der Journalisten-Befragung 1998 liess man deshalb die Frage nach der politischen Orientierung weg (vgl. Marr u. a. 2001). In der Folge-Befragung im Jahr 2008 wagte man dann bei den Vertretern der elektronischen Medien einen neuen Versuch. Das Resultat war, dass die Befragten mehrheitlich nicht antworteten. Bei der Befragung der Print-Journalisten von 2008 wurde diese Frage deshalb wieder gestrichen (vgl. Keel 2011). Die letzten Referenzwerte aus einer umfangreichen Studie über die Schweiz zum Thema «politische Orientierung von Journalisten» liegen deshalb schon über 10 Jahre zurück (Nyffeler 1999). In dieser gesamtschweizerischen Untersuchung verorteten sich die befragten Journalisten auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) durchschnittlich bei 4.5 und damit links der Mitte. Es gab dabei keinen Unterschied zwischen der französisch- und der deutschsprachigen Schweiz (vgl. ebd.: 48). Parteipräferenzen gaben

die Journalisten folgende an: 34 Prozent bekundeten eine Nähe zur SP, 11 Prozent zur FDP, 3 Prozent zur CVP und 0 Prozent zur SVP. 12 Prozent gaben an, dass sie Sympathien zu einer anderen Partei hätten. Die grösste Gruppe (40 Prozent) bildeten jedoch diejenigen, die keine Parteinähe angaben. Weshalb keine Angabe erfolgte, geht aus der Studie nicht hervor. Entweder fühlten sich die betreffenden Journalisten keiner Partei nahe, oder sie wollten zu dieser Frage keine Aussage machen (vgl. ebd.: 47). Zu spezifischen politischen Themen wurden in der Studie von Nyffeler keine Fragen gestellt. Im Jahr 2001 führte jedoch das Institut M.I.S. Trend³ auf Anordnung von Le Temps und des Westschweizer Fernsehens eine Umfrage zur politischen Orientierung von Schweizer Journalisten durch und fragte dabei unter anderem, wie die Journalisten zu einem EU-Beitritt stünden. Es zeigte sich, dass nur 20,5 Prozent der befragten Journalisten einen EU-Beitritt ablehnten – im Vergleich zu 50,6 Prozent der Schweizer Bevölkerung zum gleichen Zeitpunkt (vgl. Haeberli 2001).

2.3.2 Fazit

Die Analyse der Situation in der Schweiz zeigt, dass in diesem Forschungsfeld grosser Nachholbedarf besteht. Die bisher durchgeführten Studien zu diesem Thema sind nicht besonders umfassend, da beispielsweise Meinungen zu spezifischen Sachfragen so gut wie nie abgefragt wurden. Zudem sind die vorhandenen Daten über die Schweiz veraltet, vor allem wenn man bedenkt, wie sich die Medienbranche – und die Wähleranteile der Parteien – im letzten Jahrzehnt verändert haben.

3. Methode

Im folgenden Kapitel wird aufgezeigt, mit welcher Methode diese Untersuchung durchgeführt wurde. Angefangen mit der Beschreibung der Befragungstechnik und der Erstellung des Fragebogens, wird anschliessend der Untersuchungsgegenstand genauer erläutert. Die Ausweisung der Rücklaufquote und eine Analyse der Stichprobe sind ebenfalls Bestandteile dieses Abschnitts.

3.1 Quantitative Befragung

Die Deutschschweizer Journalisten wurden in einer quantitativen Befragung nach ihrer politischen Orientierung gefragt. Es wurde dabei die Methode der schriftlichen Befragung gewählt, da diese den Vorteil hat, dass man sie geografisch sehr weit streuen kann und dass kaum Probleme mit der Erreichbarkeit der Zielpersonen auftauchen (vgl. Scholl 2009: 45). Vom Fragebogen verlangt die standardisierte Form der Befragung ein strenges Design. Dieses ist nötig, damit die Antworten nach der Befragung statistisch ausgewertet werden können (vgl. ebd.: 77).

³ Die M.I.S. Trend AG ist ein Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung mit Sitz in Lausanne. Das Institut ist in der ganzen Schweiz tätig und arbeitet für internationale Studien mit einem Netz von Partnerinstituten zusammen.

3.1.1 Fragebogen

Der Fragebogen (vgl. Anhang 8.1) bestand aus drei Teilen: Im ersten Teil sollten die Teilnehmenden ihre demografischen Daten angeben. Im zweiten Teil wurden die Teilnehmenden zu 19 spezifischen politischen Themen befragt und sollten anschliessend ihre Parteipräferenz sowie – falls vorhanden – ihre Parteimitgliedschaft offenlegen. Die 19 Sachfragen setzten sich aus völlig verschiedenen Politikgebieten zusammen. Es wurden dabei aber bewusst Themen gewählt, die in der Öffentlichkeit – und somit in den Medien – oft Gegenstand kontroverser Diskussionen sind. Der letzte Teil der Befragung beinhaltete schliesslich eine Selbsteinschätzung. In dieser sollten die Befragten angeben, ob sich ihre politische Einstellung durch ihre journalistische Tätigkeit verändert hat, ob sie ihre politische Einstellung bewusst in ihre Berichterstattung einfliessen lassen bzw. ob sie glauben, dass ihre politische Einstellung unbewusst in ihre Berichterstattung einfliesst.

3.2 Untersuchungsgegenstand

Ursprünglich waren als Untersuchungsgegenstand die Mitglieder aller grösseren Schweizer Redaktionen geplant, die über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft oder Lokales/Regionales berichten. Im Verlaufe der ersten Befragungen in der Deutschschweiz zeigte sich aber, dass eine Befragung dieser Grundgesamtheit den Rahmen dieser Arbeit zeitlich gesprengt hätte. Aus diesem Grund fokussierte sich die Untersuchung in der Folge auf 54 Deutschschweizer Redaktionen. Bei sechs Redaktionen (nachstehend rot eingefärbt) kam allerdings keine Befragung der Journalisten zustande. Der Grund dafür war entweder, dass die Chefredaktion auch auf mehrmalige Kontaktaufnahme nicht reagierte, oder dass die Chefredaktion eine Befragung der Redaktionsmitglieder untersagte.

Angefragt wurden die folgenden 54 Chefredaktionen:

- **Die 15 auflagestärksten Tageszeitungen:** *20 Minuten, Blick-Gruppe⁴, Tages-Anzeiger, Berner Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Südostschweiz, Neue Luzerner Zeitung, Aargauer Zeitung, St. Galler Tagblatt, Basler Zeitung, Der Bund, Zürichsee Zeitung, Solothurner Zeitung, Zürcher Oberländer, Der Landbote.*
- **Die 7 auflagestärksten Sonntags- und Wochenzeitungen:** *Das Magazin, Der Beobachter, NZZ Folio, Sonntagszeitung, Der Sonntag, NZZ am Sonntag, Die Weltwoche.*
- **Die 18 grössten Privatradios:** *Radio 24, Radio Energy Zürich, Radio Zürisee, Radio Argovia, Radio FM1, Radio Central, Radio Pilatus, Radio Top, Radio 32,*

⁴ Die Blick-Gruppe arbeitet in einem grossen News-Room, in welchem die Redaktoren für die verschiedenen Produkte der Blick-Gruppe arbeiten (Blick, SonntagsBlick, Blick am Abend, Blick.ch). Alle diese Redaktionen wurden deshalb als eine Einheit behandelt.

*Radio Basilisk, Radio Sunshine, Radio 1, Radio Energy Bern, Capital FM, Radio BeO, Radio Basel, **Radio 105**, Radio Grischa.*

- **Die 8 grössten regionalen Fernsehsender:** *TeleZüri, Tele Top, Tele Südostschweiz, TVO, Tele M1, **Tele1**, TeleBärn, Telebasel.*
- **Die 6 politisch relevanten Redaktionen der SRG:** *Tagesschau, 10vor10, Rundschau, Schweiz aktuell, ECO, **Informationsabteilung Radio DRS.***

Der Fragebogen wurde schliesslich den Mitgliedern von 48 Redaktionen zugestellt. Wie bereits erwähnt, wurden aber jeweils nur diejenigen Journalisten kontaktiert, die über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft oder Lokales/Regionales berichten. Der Zugang zu diesen Zielpersonen kam entweder durch Vermittlung des Chefredaktors oder durch die direkte Kontaktaufnahme per E-Mail zustande. Die E-Mail-Adressen wurden aus den Impresen der jeweiligen Redaktionen ausfindig gemacht. Redaktoren, die explizit und ausschliesslich für das Ressort Kultur oder Sport arbeiten, wurden nicht kontaktiert, da in diesen Ressorts die politische Orientierung kaum eine Rolle spielt.

Durch dieses Verfahren entstand die Grundgesamtheit von 1428 Deutschschweizer Journalisten. Ihnen wurde in den 12 Wochen zwischen dem 7. März und dem 30. Mai 2011 der Fragebogen zugestellt.

3.3 Rücklaufquote

Von den 1428 Zielpersonen antworteten 350 Medienschaffende bzw. 24,5 Prozent der Befragten (vgl. Anhang Abbildung 2). Nach Abzug von 7 ungültigen Fragebögen⁵ fanden 343 gültige Antwortbögen Eingang in die Auswertungen. Dies entspricht einem Rücklauf von 24,0 Prozent (vgl. Anhang Abbildung 3). Das gesetzte Ziel von einer 20-prozentigen Rücklaufquote wurde somit übertroffen.

Je nach Medium variieren die Rücklaufquoten teilweise stark (vgl. Anhang Abbildung 3). Über die Gründe hierfür kann nur spekuliert werden. Beim Schweizer Fernsehen (Rücklaufquote 14,9 Prozent) dürfte beispielsweise die in der Einleitung erwähnte Umfrage der Weltwoche einen negativen Einfluss auf den Rücklauf gehabt haben. Zudem wurde die Motivation zur Teilnahme sicher auch von der jeweiligen Chefredaktion beeinflusst. Setzte sich diese aktiv für eine Teilnahme an der Befragung ein, hatte dies positive Auswirkungen auf die Beteiligung der ganzen Redaktion.

⁵ Bei diesen 7 ungültigen Fragebögen handelte es sich um Antworten von Journalisten, die irrtümlicherweise angeschrieben worden sind, obwohl sie ausschliesslich für das Kultur- oder Sportressort arbeiten.

3.4 Stichprobe

3.4.1 Alter

Insgesamt waren 45,4 Prozent der antwortenden Journalisten jünger als 35 Jahre alt (vgl. Anhang Abbildung 4). Dies ist im Vergleich zur grossen Journalistenbefragung von 2008 ein unverhältnismässig hoher Anteil. Diese Studie wies für die Altersgruppe der bis 35-Jährigen nur einen Anteil von 26 Prozent aus (vgl. Keel 2011). Nicht überraschend ist daher auch die Tatsache, dass in der vorliegenden Studie der Anteil über 44-Jähriger mit 30,9 Prozent (vgl. Anhang Abbildung 4) im Vergleich mit der Journalistenbefragung 2008 (42,1 Prozent) vergleichsweise tief ist (vgl. Keel 2011). Zustande gekommen ist diese Unverhältnismässigkeit möglicherweise durch die Altersverteilung in den verschiedenen Medientypen. Bei Illustrierten und Fachzeitschriften sind ältere Journalisten nämlich überdurchschnittlich oft vertreten (vgl. ebd.). Diese beiden Medientypen wurden in die vorliegende Untersuchung aber nicht miteinbezogen.

3.4.2 Geschlecht

Auch beim Geschlecht zeigen die Resultate Abweichungen im Vergleich zur Journalistenbefragung von 2008. Bei der durchgeführten Befragung waren nur 28 Prozent der Teilnehmer weiblich (vgl. Anhang Abbildung 5), obwohl der Frauenanteil im Journalismus bei 35,2 Prozent liegt (vgl. Keel 2011). Diese Abweichung könnte dadurch zustande gekommen sein, dass Frauen überproportional oft im Ressort Kultur arbeiten (vgl. ebd.) und dieses Fachgebiet von der vorliegenden Untersuchung ausgeschlossen wurde.

3.4.3 Medium

Über die Hälfte der Befragten (50,4 Prozent) arbeitet für eine Tageszeitung. Die andere Hälfte der Befragten teilt sich nahezu gleichmässig auf die drei Medientypen Sonntags- und Wochenzeitung (16,6 Prozent), Fernsehen (17,2 Prozent) und Radio (18,1 Prozent) auf. Die grosse Mehrheit der Antwortenden gab an, nur für ein Medium zu tätig zu sein. Lediglich 8 Befragte sagten, dass sie für zwei verschiedene Medientypen arbeiten (vgl. Anhang Abbildung 6).

3.4.4 Ressort

Im Durchschnitt gaben die Befragten an, für mehr als zwei Ressorts gleichzeitig tätig zu sein (vgl. Anhang Abbildung 7). Besonders Radiojournalisten arbeiten oft für mehrere Ressorts. Durchschnittlich berichten diese über mehr als drei Themengebiete (vgl. Anhang Abbildung 11). Am ausgeprägtesten ist die Spezialisierung bei den Tageszeitungen. Bei diesen gab durchschnittlich nur jeder Zweite an, für zwei Ressorts tätig zu sein (vgl. Anhang Abbildung 8).

4. Ergebnisse

Im folgenden Ergebnisteil werden die jeweiligen Antworten auf jede Fragestellung einzeln ausgewertet. Um die Ergebnisse einordnen zu können, werden die Resultate mit gesamtschweizerischen Richtwerten verglichen. Bei diesen Richtwerten handelt es sich um Befragungsergebnisse der gesamtschweizerischen Bevölkerung zu gleichen Themen oder um Resultate vergangener Abstimmungen.

4.1 Sachfragen

4.1.1 Postmonopol Briefverkehr

Das Monopol der Post im Briefverkehr⁶ wird beinahe von gleich vielen Journalisten abgelehnt (47,8 Prozent) wie befürwortet (48 Prozent) (vgl. Anhang Abbildung 12).

Die Gesamtbevölkerung zeigte sich im Jahr 2010 gegenüber einer Liberalisierung des Briefmarktes positiver eingestellt. In einer vom Meinungsforschungsinstitut Konso⁷ durchgeführten Studie versprachen sich 58 Prozent der Befragten «Vorteile» von einem stärkeren Wettbewerb im Briefmarkt (vgl. Hostettler / Klee 2010).

4.1.2 Medienaufsicht

Beinahe drei von fünf Befragten (58,7 Prozent) beurteilen die heutige Organisation der Medienaufsicht in der Schweiz als «gut» oder «eher gut». Nahezu jeder Vierte (23,8 Prozent) hat von der Organisation der Medienaufsicht hingegen eine negative Meinung. Mit 17,6 Prozent haben aussergewöhnlich viele Befragte diese Frage nicht beantwortet (vgl. Anhang Abbildung 13).

Der hohe Prozentsatz an Nicht-Antworten könnte dadurch zustande gekommen sein, dass einige Journalisten die Organisation der Medienaufsicht in der Schweiz schlicht nicht gut genug kennen, oder dass die Frage zu allgemein formuliert war. Die konkrete Beurteilung eines Aufsichtsorgans – beispielsweise der Unabhängigen Beschwerdeinstanz oder des SRG-Ombudsmanns – hätte vielleicht weniger Nicht-Antworten erzeugt.

Ein Vergleich mit der Bevölkerung konnte bei dieser Frage nicht vorgenommen werden, da keine gesamtschweizerischen Umfrageergebnisse zu diesem Thema vorliegen.

4.1.3 Radio- und Fernsehgebühren

Mehr als die Hälfte der Befragten (56,4 Prozent) ist der Meinung, dass die Höhe der Radio- und Fernsehgebühren in der Schweiz nicht gerechtfertigt ist. Rund zwei von fünf Journalisten (42 Prozent) erachten die Gebühren hingegen als angebracht (vgl. Anhang Abbildung 14).

⁶ Die Schweizerische Post darf im Briefverkehr bei Sendungen von bis zu 50 Gramm nicht konkurriert werden.

⁷ Die Konso AG ist ein Institut für Konsumenten- und Sozialanalysen mit Sitz in Basel. Sie führt Konsumenten- und Sozialanalysen auf dem Wege von Stichproben-Befragungen durch.

Die Antworten der befragten SRG-Redaktoren wurden nicht in die Ergebnisse miteinbezogen, da diese als Angestellte der SRG von den Gebühren abhängig sind.

Bei den Privatradios und den regionalen Fernsehsendern stossen die momentanen Radio- und Fernsehgebühren auf die grösste Ablehnung. 62,3 respektive 62 Prozent der Befragten von diesen beiden Medientypen empfinden die heutige Höhe der Radio- und Fernsehgebühren als nicht gerechtfertigt (vgl. Anhang Abbildungen 17 und 18). Eine mehrheitliche Akzeptanz finden die Gebühren hingegen bei den Journalisten der Sonntags- und Wochenzeitungen. Von diesen erachten 57,9 Prozent die Gebührengelder als legitim (vgl. Anhang Abbildung 16).

In der Bevölkerung wurde die letzte repräsentative Umfrage zu diesem Thema im Jahr 2006 vom Meinungsforschungsinstitut Isopublic⁸ durchgeführt. Damals stand eine Erhöhung der Gebühren von 450 Franken auf 480 Franken zur Diskussion. Isopublic wollte von den Befragten wissen, ob sie eine solche Erhöhung für gerechtfertigt halten oder nicht. Mehr als drei Viertel aller Befragten (75,6 Prozent) hielten diese geplante Erhöhung für nicht gerechtfertigt (vgl. Isopublic 2006: 1).

Obwohl die Höhe der Radio- und Fernsehgebühren in den letzten Wochen und Monaten immer wieder öffentliches Diskussionsthema war, liegen keine aktuellen – und repräsentativen – Umfrageergebnisse zu diesem Thema vor. Am 17. Mai 2011 wurde jedoch eine Petition mit 143'297 Unterschriften eingereicht, die eine Senkung der Radio- und Fernsehgebühren auf 200 Franken fordert (vgl. Admin.ch 2011).

4.1.4 Mindestlohn

Beinahe zwei Drittel der Befragten (65,6 Prozent) befürworten die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 3'550 Franken.⁹ Nicht ganz ein Drittel (32,6 Prozent) spricht sich gegen die Einführung eines solchen Mindestlohnes aus (vgl. Anhang Abbildung 19). Die Ursachen der Ablehnung konnten wegen der strikten Standardisierung der Befragung nicht ermittelt werden. Ein Teil der Befragten ist sicherlich grundsätzlich gegen die Einführung eines Mindestlohnes, einigen Teilnehmern war aber vielleicht auch der vorgeschlagene Betrag (3'550 Franken) zu tief oder zu hoch.

⁸ Isopublic ist das älteste Schweizer Markt- und Meinungsforschungsinstitut und hat seinen Sitz in Schwerzenbach. Das Institut ist Mitglied der Gallup International Association, der grössten internationalen Gruppe von Markt- und Meinungsforschern.

⁹ Im Jahr 2008 forderte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) einen Mindestlohn von 3'550 Franken. Dieser Ansatz wurde als Referenz für diese Umfrage verwendet. Mittlerweile haben die SGB-Gewerkschaften allerdings eine Unterschriftensammlung für eine neue Volksinitiative lanciert die im Monat 3'800 Franken (bei 40 h/Woche) respektive 4'000 Franken (bei 42h/Woche) verlangt (vgl. Mindestlohn-Initiative 2011).

Auch in der gesamtschweizerischen Bevölkerung scheint die Einführung eines Mindestlohnes viele Befürworter zu haben. In der 2011 publizierte Vimentis¹⁰-Umfrage sprachen sich beinahe drei Viertel der Befragten (74 Prozent) grundsätzlich für die Einführung eines Mindestlohnes aus. Für einen Mindestlohn von über 3'500 Franken votierten allerdings nur 37 Prozent der Befragten (vgl. Vimentis 2011: 86). Eine vom Link Institut¹¹ erhobene Umfrage kam zum Ergebnis, dass 85 Prozent der Schweizer grundsätzlich für die Einführung von Mindestlöhnen sind (vgl. Link Institut 2011: 7). In welcher Höhe diese festgelegt werden sollen, wurden die Teilnehmenden allerdings nicht gefragt. Auftraggeber dieser Studie war der Schweizerische Gewerkschaftsbund.

4.1.5 Pauschalbesteuerung Ausländer

Die Pauschalbesteuerung von ausländischen Bürgern wird von beinahe zwei Dritteln (65,1 Prozent) der Journalisten abgelehnt. Nur 28,2 Prozent der Befragten sind für diese Art der Besteuerung (vgl. Anhang Abbildung 20).

Für die gesamtschweizerische Bevölkerung zeichnet die neueste Vimentis-Umfrage ein ähnliches Bild. Die Befragten sind in dieser Studie sogar zu 71 Prozent dafür, dass eine Pauschalbesteuerung von vermögenden Ausländern in Zukunft nicht mehr möglich ist (vgl. Vimentis 2011: 84).

4.1.6 Auflockerung Bankgeheimnis

58,7 Prozent der Journalisten wollen das Bankgeheimnis weiter auflockern. Rund zwei von fünf Befragten (38,9 Prozent) sind gegen die weitere Auflockerung des Bankgeheimnisses (vgl. Anhang Abbildung 21).

Isopublic führte im Jahr 2009 – als das Schweizer Bankgeheimnis unter grossem internationalen Druck stand – eine Umfrage zu diesem Thema durch. Die Befragten sollten angeben, ob die Schweiz das Bankgeheimnis für Ausländer mit Geld bei Schweizer Banken «hartnäckig» verteidigen solle. Über die Hälfte (55,7 Prozent) bejahte diese Frage (vgl. Isopublic 2009b: 2). Eine Studie vom M.I.S.-Trend-Institut aus dem Jahr 2010 bestätigt diesen Willen der Bevölkerung zur Festhaltung am Bankgeheimnis. 60 Prozent der Befragten wollen gemäss dieser Befragung, dass versucht wird, das Bankgeheimnis zu retten (vgl. M.I.S. Trend 2010: 12).

¹⁰ Der Verein Vimentis ist ein gemeinnütziger Verein mit dem Ziel, den Informationsstand der Bevölkerung zu politischen Themen zu verbessern. Einmal pro Jahr führt der Verein eine Meinungsumfrage im Internet mit mehreren tausend Teilnehmern durch. Um zu berücksichtigen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen eher an der Umfrage teilnehmen als andere, werden die Antworten nach den Kriterien Alter, Geschlecht, Kanton und Bildung gewichtet.

¹¹ Das Link Institut ist ein international tätiges Schweizer Marktforschungsunternehmen mit Sitz in Luzern. Es erhebt für verschiedene Unternehmen und Bundesämter repräsentative Umfragen.

4.1.7 Beschränkung Manager-Gehälter

Eine Mehrheit von 54,1 Prozent der Journalisten spricht sich für eine gesetzliche Beschränkung von Manager-Gehältern aus. 45,2 Prozent sind gegen eine solche Limitierung (vgl. Anhang Abbildung 22).

Im Volk ist die Befürwortung für eine Beschränkung von Managerlöhnen derweil noch um einiges grösser. Während der staatlichen UBS-Rettung im Jahr 2008 votierten mehr als drei Viertel der Befragten (78,6 Prozent) für eine Obergrenze (vgl. Isopublic 2008a: 3). Und auch zwei Jahre später sprach sich die Bevölkerung zu 78 Prozent für eine Beschränkung von Manager-Gehältern aus (vgl. M.I.S. Trend 2010: 13).

4.1.8 Aktive Sterbehilfe

Mehr als vier von fünf Journalisten (83,7 Prozent) befürworten die aktive Sterbehilfe¹² unter bestimmten Rahmenbedingungen. Nur gerade 12,4 Prozent lehnen diese ab (vgl. Anhang Abbildung 23).

Auch in der Schweizer Bevölkerung ist eine breite Zustimmung für die aktive Sterbehilfe vorhanden. In einer breit angelegten Untersuchung der Universität Zürich wurde festgestellt, dass – je nach spezifischem Fall – bis zu 70 Prozent für die Entkriminalisierung aktiver Sterbehilfe sind (vgl. Schwarzenegger u. a. 2010: 6f.). Die Studie schliesst daraus, dass in der Schweiz eine gesetzliche Regelung der direkten aktiven Sterbehilfe breite öffentliche Zustimmung finden würde (vgl. ebd.: 7).

Bei der durchgeführten Befragung der Journalisten wurde der genauen Begriffserklärung wohl zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, dass einige die exakte Bedeutung der Begriffe «aktive» und «passive» Sterbehilfe nicht kannten.

4.1.9 Bau Atomkraftwerke

Der Bau neuer Atomkraftwerke als Ersatz für die bisherigen AKWs wird von mehr als vier Fünfteln der Journalisten (80,9 Prozent) abgelehnt. Nur 17,3 Prozent sprechen sich für den Bau neuer AKWs aus (vgl. Anhang Abbildung 24). Der grösste Teil der Journalisten wurde nach der Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima mit dieser Frage konfrontiert.

Das GfS Bern¹³ hat im Mai 2011 – rund zwei Monate nach der Katastrophe in Fukushima – eine Umfrage zum Thema Kernenergie durchgeführt. Dabei sprachen sich 55 Prozent der

¹² Die aktive Sterbehilfe ist in der Schweiz – im Gegensatz zu den Niederlanden und Belgien – verboten. Wer bei einer sterbewilligen Person den Tod aktiv herbeiführt oder auch nur beschleunigt, begeht grundsätzlich ein Tötungsdelikt (vgl. Schwarzenegger u. a. 2010: 2). Nicht strafbar macht sich hingegen, wer einem sterbewilligen Menschen dabei hilft, sich selbst zu töten. In der öffentlichen Diskussion wird dies oft unpräzise als Sterbehilfe bezeichnet. Korrekt wäre aber Suizidbeihilfe (vgl. ebd.).

Befragten dafür aus, dass die alten AKWs nicht mehr ersetzt werden sollen (vgl. Bieri 2011: 5). Den bundesrätlichen Grundsatzentscheid, längerfristig aus der Atomenergie auszuweichen, finden – gemäss einer ebenfalls im Mai 2011 erhobenen Isopublic-Umfrage – 80,2 Prozent der Bevölkerung «grundsätzlich richtig» (vgl. Isopublic 2011: 1).

4.1.10 Dispensierung Schulunterricht

Beinahe geschlossen (zu 93 Prozent) sind die Journalisten gegen eine Dispensierung vom Schulunterricht aus religiösen Gründen. Nur eine kleine Minderheit von 6,5 Prozent spricht sich für solche Dispensierungen aus (vgl. Anhang Abbildung 25).

Die Gesamtbevölkerung wurde im Rahmen einer Umfrage zur Minarett-Initiative im Jahr 2009 gefragt, ob Schülerinnen aus religiösen Gründen vom Schwimmunterricht befreit werden sollen. Dies wurde jedoch ebenfalls von einer grossen Mehrheit (85,3 Prozent) abgelehnt (vgl. Isopublic 2009a: 25).

4.1.11 Integration Ausländer

Die Integration von Ausländern in der Schweiz wird von beinahe drei von fünf Journalisten (58,7 Prozent) generell positiv beurteilt. Auffällig ist dabei allerdings, dass nur 6 Prozent klar sagen «ja», die Integration von Ausländern ist gelungen. 52,7 Prozent erachten die Integration hingegen nur als «eher» gelungen. Ein vorwiegend negatives Bild von der Integration der Ausländer in der Schweiz haben 38,1 Prozent der Journalisten (vgl. Anhang Abbildung 26). Was die Kritiker an der Integration zu bemängeln haben, geht aus der Befragung nicht hervor. Es bleibt deshalb unklar, weshalb die Integration aus ihrer Sicht mangelhaft ist.

Die Bevölkerung wurde in der nahen Vergangenheit nie nach einer generellen Beurteilung der Integration gefragt. Mit ähnlichen Fragestellungen wurden die Schweizerinnen und Schweizer aber immer wieder konfrontiert. So wollte eine Umfrage Ende 2010 von den Befragten wissen, ob sie den Ausländeranteil in der Schweiz als zu hoch empfinden. 43 Prozent bejahten diese Frage (vgl. Isopublic 2010a). In einer im Mai 2011 veröffentlichten Studie sagten 19 Prozent der Bevölkerung, dass sich die Immigranten heute schlechter integrieren als früher (vgl. M.I.S. Trend 2011: 6). In die Zukunft sehen die Befragten gespalten. Mehr als die Hälfte (52 Prozent) glaubt zwar, dass in 10 bis 15 Jahren das Zusammenleben mit der ausländischen Wohnbevölkerung «mehr oder weniger harmonisch» verlaufen wird. Fast ein Drittel (31 Prozent) hat aber auch «Zweifel am friedlichen Zusammenleben» und 15 Prozent haben gar Angst vor einer «grossen internen Krise» (vgl. ebd.: 7).

¹³ Das GfS Bern (Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung) ist auf dem Gebiet der Umfrageforschung tätig und führt Untersuchungen auf den Gebieten Politik, Kommunikation und Gesellschaft durch.

4.1.12 Minarett-Verbot

Mehr als sieben von zehn Journalisten (72,8 Prozent) erachten das Minarett-Verbot als nicht vereinbar mit dem zwingenden Völkerrecht. Etwas weniger als ein Viertel (23,3 Prozent) ist hingegen der Meinung, dass das Verbot völkerrechtskonform ist (vgl. Anhang Abbildung 27).

Das Minarett-Verbot wurde am 29. November 2009 von 57,5 Prozent des Schweizer Stimmvolkes angenommen (vgl. Bundesamt für Statistik 2009).

Es ist davon auszugehen, dass diejenigen Journalisten, die das Verbot in der Befragung als nicht vereinbar mit dem zwingenden Völkerrecht bezeichnen, auch gegen das Verbot gestimmt haben. Nicht auszuschliessen ist hingegen, dass einige befragte Journalisten, die das Verbot für völkerrechtskonform halten, Ende 2009 trotzdem gegen das Verbot gestimmt haben.

4.1.13 Obligatorischer Militärdienst

Der obligatorische Militärdienst in der Schweiz wird von weniger als einem Drittel der Journalisten (30,5 Prozent) als sinnvoll erachtet. Über zwei Drittel (68,9 Prozent) sehen in dieser Form der Dienstpflicht dagegen keinen Sinn (vgl. Anhang Abbildung 28).

In der Bevölkerung hat der obligatorische Militärdienst mehr Rückhalt. Verschiedene Studien belegen, dass eine Mehrheit hinter der obligatorischen Dienstpflicht und der Milizarmee steht. In der Vimentis-Umfrage aus dem Jahr 2009 sprachen sich 54 Prozent der Teilnehmer dafür aus, dass die Armee ihre Aufgaben «primär mit einer Milizarmee» wahrnehmen soll (vgl. Vimentis 2009: 28). Und auch in einer Umfrage der ETH Zürich aus dem Jahr 2011 votierten nur 38 Prozent der Befragten dafür, dass die Schweiz «die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen» solle (vgl. Szvircsev Tresch 2011: 168).

4.1.14 Neutralität

Eine Mehrheit von 56 Prozent der Journalisten ist dafür, dass die Schweiz an ihrem aussenpolitischen Credo der «bewaffneten Neutralität» festhält. 37,2 Prozent wollen diese Tradition dagegen nicht länger aufrechterhalten (vgl. Anhang Abbildung 29).

In einer M.I.S.-Trend-Umfrage aus dem Jahr 2010 sagten nur 18 Prozent der Befragten, dass die «bewaffnete Neutralität» ein Wert sei, der «hinterfragt werden» müsse (vgl. M.I.S. Trend 2010: 17). Ein noch klareres Bild zeichnet die Sicherheits-Studie der ETH. In dieser geben 94 Prozent an, dass die Schweiz «ihre Neutralität beibehalten» solle (vgl. Szvircsev Tresch 2011: 118).

4.1.15 EU-Beitritt

Ein Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union findet unter den Journalisten keine Mehrheit. Nicht einmal zwei von fünf Befragten (38,8 Prozent) befürworten einen Beitritt. Im Ge-

genteil: Mehr als der Hälfte (56,4 Prozent) lehnt einen EU-Beitritt ab (vgl. Anhang Abbildung 30).

Eine klare Mehrheit der Bevölkerung (72 Prozent) befürwortet ebenfalls den «Status quo» und will keine EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen (vgl. M.I.S. Trend 2011: 7). In der Studie der ETH gaben gar über drei Viertel der Befragten (77 Prozent) an, dass sie der EU nicht beitreten wollen (vgl. Szvircsev Tresch 2011: 103).

4.1.16 Konkordanzprinzip

Mehr als vier von fünf Journalisten (82,6 Prozent) wollen, dass die Schweiz bei der Bildung der Landesregierung auch in Zukunft am Konkordanzprinzip festhält. Nur jeder Achte (12,4 Prozent) spricht sich gegen dieses für Konsensdemokratie stehende Prinzip aus (vgl. Anhang Abbildung 31).

In der Bevölkerung scheint die Befürwortung der Konkordanz nicht ganz so breit gestützt zu sein. Immerhin mehr als ein Viertel (27 Prozent) sprach sich im Jahr 2009 für ein System des politischen Machtwechsels anstelle des Konsenssystems aus (vgl. M.I.S. Trend 2008: 7). Auch bei einer Isopublic-Umfrage im Jahr 2010 gab knapp ein Fünftel der Befragten (19 Prozent) an, nicht mehr alle grossen politischen Kräfte in die Regierungsbildung miteinbeziehen zu wollen (vgl. Isopublic 2010b: 22).

4.1.17 Kollegialitätsprinzip

Das Kollegialitätsprinzip in der Kommunikation der Bundesräte erhält von den Journalisten ebenfalls grosse Unterstützung. Mehr als drei Viertel der Befragten (76,2 Prozent) erachten dieses Prinzip als sinnvoll. Rund jeder Fünfte (20,2 Prozent) lehnt es hingegen ab (vgl. Anhang Abbildung 32).

Bei dieser Frage konnte die Meinung der Journalisten nicht mit derjenigen der Gesamtbevölkerung verglichen werden, da keine gesamtschweizerische Untersuchung zu diesem Thema gefunden werden konnte.

4.1.18 Volkswahl Bundesrat

Die grosse Mehrzahl der Journalisten (81,2 Prozent) lehnt die Volkswahl des Bundesrates ab. Nur 15,8 Prozent befürworten eine solche Neuerung beim Wahlverfahren der Landesregierung (vgl. Anhang Abbildung 33).

Die Bevölkerung kann sich mit der Volkswahl des Bundesrates eher anfreunden. Schon im Jahr 2008 sprachen sich 37,5 Prozent für eine Volkswahl aus (vgl. Isopublic 2008b: 1). In einer M.I.S.-Trend-Umfrage im Jahr 2010 waren sogar mehr als zwei von fünf Befragten (42 Prozent) für eine solche Wahl (vgl. M.I.S. Trend 2010: 16).

4.1.19 Offenlegung Parteienfinanzierung

Die vollständige Offenlegung der Parteienfinanzierung findet unter den Journalisten grossen Anklang. Eine klare Mehrheit von 84,2 Prozent ist für mehr Transparenz in dieser Angelegenheit. Nur 14 Prozent sind dagegen, dass die Parteien ihre Finanzierung vollständig offenlegen müssen (vgl. Anhang Abbildung 34).

Da die öffentliche Diskussion über die Parteienfinanzierung erst seit Kurzem wieder aufgeflammt ist, liegen zu diesem Thema (noch) keine aktuellen Umfrageergebnisse vor. Die letzten repräsentativen Daten stammen aus dem Jahr 2000. Damals befürworteten mehr als drei Viertel der Befragten (77,7 Prozent) eine grundsätzliche Offenlegung der Parteienfinanzierung (vgl. Isopublic 2000).

4.2 Parteipräferenzen und Mitgliedschaften

4.2.1 Parteipräferenz

Die Auswertung zeigt, dass sich jeder dritte Medienschaffende (30 Prozent) von der SP repräsentiert fühlt. Damit haben die Sozialdemokraten mit Abstand am meisten Anhänger unter den Journalisten. Es folgen die Grünliberalen mit Sympathien bei 18,4 Prozent der Befragten, die FDP mit 14,3 Prozent und die Grünen mit 13,7 Prozent. Die CVP und die SVP haben bei den Journalisten einen schweren Stand. Sie finden nur bei 6,7 respektive bei 5 Prozent der Befragten Anklang. Jeder Achte (12,5 Prozent) gab explizit an, sich von keiner Partei repräsentiert zu fühlen (vgl. Anhang Abbildung 35). Dies erstaunt vor allem deshalb, weil diese Antwortmöglichkeit im Fragebogen gar nicht vorgegeben war (vgl. Anhang 8.1).

Diese Prozentwerte beziehen sich auf die 343 Befragten und nicht auf die 378 erhaltenen Antworten. Im Durchschnitt hat nämlich rund jeder zehnte Befragte zwei Parteipräferenzen angegeben. Kumuliert ergeben die Werte deshalb 110,2 Prozent (vgl. Anhang Abbildung 35). Dass die Resultate in Prozent der 343 Befragten angegeben werden, macht deshalb Sinn, weil so erkennbar ist, bei wie vielen einzelnen Journalisten eine Partei Sympathien hat. Es ist schliesslich der einzelne Journalist, der seine favorisierte(n) Partei(en) in seiner Berichterstattung potenziell bevorteilen kann.

Die Aufschlüsselung der Parteipräferenzen nach Alter, Geschlecht und Medium bringt weitere interessante Erkenntnisse. So zeigt sich, dass der Rückhalt der SP – mit 38,6 Prozent – vor allem bei den unter 35-Jährigen überproportional hoch ist. Von der FDP fühlen sich hingegen nur 9,8 Prozent der jungen Journalisten repräsentiert (vgl. Anhang Abbildung 36). Bei den 35- bis 44-Jährigen schneiden die FDP, CVP und SVP vergleichsweise gut ab. In dieser Altersgruppe kommen die drei Parteien auf 20 (FDP) respektive je 10 Prozent (CVP und SVP). Dieser Zuspruch für die bürgerlichen Parteien geht vor allem auf Kosten der SP, die in dieser Kategorie nur bei 17,5 Prozent der Befragten Sympathien genießt (vgl. Anhang Abbildung 37). Die befragten Frauen fühlen sich überproportional oft mit den Grünen (20 Pro-

zent) und der SP (38,3 Prozent) verbunden. An den Grünliberalen zeigt hingegen nur jede achte Journalistin (12,8 Prozent) Gefallen (vgl. Anhang Abbildung 39). Bei der Analyse der Medientypen sticht vor allem die grosse Resonanz hervor, welche die SP bei den Radiojournalisten findet. Mehr als zwei von fünf Radiojournalisten (43,5 Prozent) haben Sympathien für die Sozialdemokraten. Für die FDP (8,1 Prozent) haben die Radiojournalisten dagegen relativ wenig übrig (vgl. Anhang Abbildung 44).

Für die Gesamtbevölkerung gab das GfS Bern im April 2011 folgende Parteienstärken an: Die SVP schwang mit 29,9 Prozent oben aus, gefolgt von der SP (17,7 Prozent), der FDP (16,2 Prozent), der CVP (12,7 Prozent) und den Grünen (10,9 Prozent). Die Grünliberalen kommen in der Gesamtbevölkerung – im Verhältnis zum Zuspruch bei den Journalisten – nur auf 6,7 Prozent. Andere Parteien erhalten zusammengerechnet 7,9 Prozent der Stimmen (vgl. Longchamp 2011: 3).

Es ist zu bedenken, dass in die GfS-Ergebnisse nur diejenigen Befragten miteinbezogen wurden, die bestimmt an den Wahlen teilnehmen wollen und eine Parteipräferenz haben (vgl. ebd.). Im Gegensatz zur vorliegenden Journalisten-Befragung wurden also sowohl diejenigen ausgeschlossen, die keine Antwort gaben, als auch diejenigen, die sich von keiner Partei repräsentiert fühlen. Die Ergebnisse der beiden Befragungen können in dieser Form daher nicht miteinander verglichen werden. Um trotzdem eine aussagekräftige Gegenüberstellung vornehmen zu können, wurden die Resultate der Journalisten-Befragung folgendermassen angepasst: Befragte, die sich von keiner Partei repräsentiert fühlen, sowie solche, die eine Antwort verweigerten, wurden – wie bei der GfS-Studie – aus der Wertung genommen. Die Prozentwerte beziehen sich neu auf die 278 Befragten, die mindestens eine Parteipräferenz angegeben haben. Insgesamt haben die 278 Befragten 311 Parteipräferenzen angegeben. Die kumulierten Werte ergeben deshalb 111,9 Prozent (vgl. Anhang Abbildung 45). Wie bereits erwähnt, ist es sinnvoll, die Resultate der Journalisten-Befragung in Prozent der 278 Befragten anzugeben, weil so ersichtlich ist, bei wie vielen einzelnen Journalisten eine Partei Sympathien geniesst.

Nach diesen Anpassungen ergibt ein Vergleich der beiden Untersuchungen folgendes Bild:

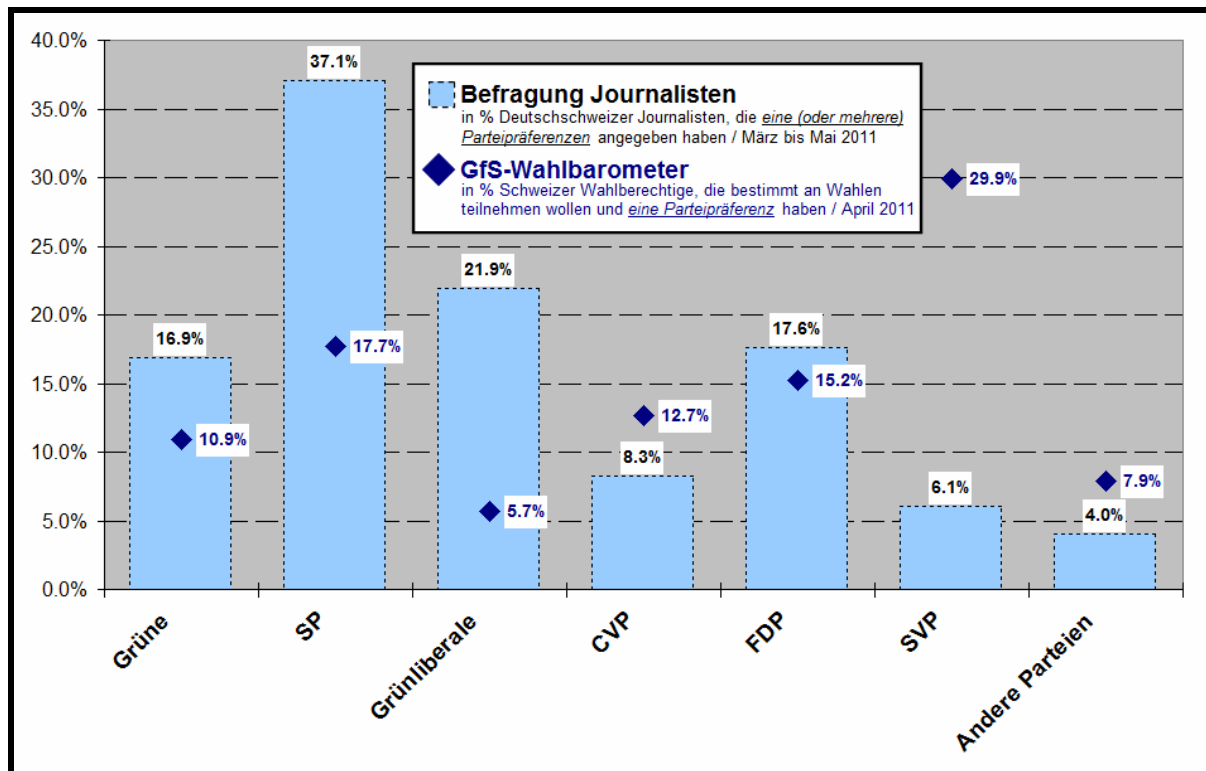


Abbildung 1: Vergleich Parteipräferenzen Journalisten-Befragung/GfS-Wahlbarometer

4.2.2 Parteimitgliedschaft

Nur 15 Journalisten geben an, Mitglied einer politischen Partei zu sein. Dies entspricht einem Anteil von 4,4 Prozent (vgl. Anhang Abbildung 46). Von diesen 15 Parteimitgliedern sind sechs Mitglied der SP (40 Prozent), vier der FDP (26,7 Prozent), drei der SVP (20 Prozent) und zwei der CVP (13,3 Prozent) (vgl. Anhang Abbildung 47). Aufgrund der geringen Anzahl an Parteimitgliedern sind diese Prozentwerte allerdings nicht sehr aussagekräftig. Auffällig ist aber, dass unter den befragten Medienschaffenden nur die vier grössten Parteien Mitglieder haben.

Da das Bundesamt für Statistik keine Daten zu Parteimitgliedschaften erhebt und auch sonst keine aktuellen Studien zu diesem Thema vorliegen, muss auf einen Vergleich mit der Gesamtbevölkerung verzichtet werden.

4.3 Beeinflussung durch und Einfluss auf journalistische Tätigkeit

4.3.1 Einstellungsänderung

Mehr als jeder Dritte (34,1 Prozent) sagt, dass sich seine politische Einstellung durch seine journalistische Tätigkeit geändert habe. Über drei Fünftel der Befragten (63 Prozent) geben hingegen an, dass sich ihre politische Gesinnung durch die Berufsausübung nicht gewandelt habe (vgl. Anhang Abbildung 48).

Von denjenigen, die bei sich selbst eine Einstellungsänderung bemerkt haben, gibt eine relative Mehrheit von 43,1 Prozent an, dass sich ihre politische Einstellung «zur Mitte» ver-

ändert habe. Beinahe zwei von Fünf (39, Prozent) sagen, dass sich ihre Gesinnung «nach rechts» oder «eher nach rechts» verschoben habe. Eine Linkswandlung haben nur 15,6 Prozent der Befragten vollzogen (vgl. Anhang Abbildung 49).

4.3.2 Bewusste Einflussnahme

Die grosse Mehrheit der befragten Journalisten (81,2 Prozent) gibt an, die politische Einstellung nicht bewusst in die journalistische Arbeit einfließen zu lassen. Lediglich 16,7 Prozent der Befragten sagen, dass sie ihre politische Einstellung willentlich in ihre Arbeit einbringen (vgl. Anhang Abbildung 50).

4.3.3 Unbewusste Einflussnahme

Eine unbewusste Einflussnahme ihrer politischen Einstellung auf ihre journalistische Arbeit vermutet eine Mehrheit von 56,5 Prozent der Journalisten. Mehr als ein Viertel der Befragten (26,5 Prozent) glaubt eher nicht an einen solchen unbewussten Einfluss. 14,1 Prozent schliessen eine latente Beeinflussung auf die Berichterstattung gar ganz aus (vgl. Anhang Abbildung 51).

5. Interpretation

Im folgenden Kapitel sollen die wichtigsten Resultate des Ergebnisteils interpretiert werden. Es wird dabei nicht auf jede einzelne Frage nochmals eingegangen, sondern es werden nur die relevantesten und erstaunlichsten Befunde analysiert. Vorwiegend sind das diejenigen, bei welchen die Meinungen der Bevölkerung und der Journalisten am stärksten auseinanderdriften.

Vorab ist allerdings zu erwähnen, dass man beim Gegenüberstellen von Umfragewerten grundsätzlich vorsichtig sein muss. Die Resultate der Journalisten-Befragung können nicht eins zu eins mit den Umfrageergebnissen aus der Bevölkerung verglichen werden. Dafür gibt es mehrere Gründe: Erstens ist die vorliegende Untersuchung nur in der Deutschschweiz durchgeführt worden,¹⁴ während die gewählten Vergleichsgrössen für die gesamtschweizerische Bevölkerung gelten. Die Stichprobe der vorliegenden Untersuchung ist also nicht deckungsgleich mit der Gesamtheit der Journalisten in der Schweiz (vgl. Kapitel 3.4). Des Weiteren sind einige Umfrageergebnisse aus der Gesamtbevölkerung nicht mehr ganz aktuell, was die Vergleichbarkeit zusätzlich negativ beeinflusst. Zu guter Letzt darf auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass jede Umfrage unterschiedlich konzipiert (zum Beispiel in

¹⁴ Wie bereits in Kapitel 2.3.3 erwähnt, hat Nyffeler keine Unterschiede zwischen Deutsch- und Westschweizer Journalisten in der politischen Links-/Rechts-Verortung festgestellt. Lediglich die Tessiner positionierten sich etwas weiter links (vgl. Nyffeler 1999: 48). Es ist also gut möglich, dass auch heute keine gravierenden Unterschiede zwischen den Journalisten der verschiedenen Sprachregionen bestehen.

der Fragestellung) und ausgewertet wird. Dies kann ebenso zu Abweichungen bei den Resultaten führen.

Aus all diesen Gründen dürfen kleine Unterschiede bei den Umfrageergebnissen weder überbewertet noch überinterpretiert werden. Grosse und offensichtliche Diskrepanzen können hingegen durch die genannten Verzerrungsfaktoren nicht begründet werden und bedürfen einer vertieften Analyse.

5.1 Sachfragen

Bei folgenden Sachfragen zeigen sich die grössten Diskrepanzen zwischen den Journalisten und der Bevölkerung:

1. Das Minarett-Verbot, welches im Jahr 2009 von 57,5 Prozent der Bevölkerung angenommen wurde, hält nicht einmal ein Viertel der Journalisten für vereinbar mit dem zwingenden Völkerrecht.
2. Das Bankgeheimnis wollen 58,7 Prozent der Journalisten weiter auflockern, während die Mehrheit der Bevölkerung für dessen Aufrechterhaltung ist.
3. Den obligatorischen Militärdienst erachten über zwei Drittel der Journalisten als nicht sinnvoll. In der Bevölkerung will hingegen nur eine Minderheit das heutige Milizsystem abschaffen.
4. Die Journalisten sind mehrheitlich gegen einen EU-Beitritt. Die Ablehnung ist aber deutlich weniger gross als in der Gesamtbevölkerung.
5. Das aussenpolitische Credo der «bewaffneten Neutralität» wird von mehr als einem Drittel der Journalisten in Frage gestellt. Das Volk steht dagegen praktisch geschlossen dahinter.
6. Die Volkswahl des Bundesrates wird sowohl von der Bevölkerung als auch von den Journalisten abgelehnt. Der Widerstand ist unter den Journalisten aber um einiges grösser.

Dass das Minarett-Verbot unter Journalisten nur wenige Befürworter hat, konnte man nach der Abstimmung 2009 deutlich spüren. In der Berichterstattung wurde das Verbot grösstenteils bedauert, teilweise wurde das Volk für den Entscheid sogar kritisiert. Es liess sich erahnen, dass die mehrheitliche Volksmeinung zu diesem Thema bei den Journalisten deutlich untervertreten ist. Die Resultate dieser Befragung bestätigen nun diese subjektive Wahrnehmung. Wie das Volk, sehen zwar auch viele Journalisten die Integration von Ausländern durchaus kritisch (38,9 Prozent beurteilen die Integration als eher nicht gelungen), offensichtlich ziehen die Medienschaffenden daraus aber andere Konsequenzen als das Volk. Während eine Mehrheit des Volkes das Minarett-Verbot sicher auch aus diesem Grund befürwortete, hätte dieses unter Journalisten nicht den Hauch einer Chance gehabt.

Im Zusammenhang mit dem Minarett-Verbot ist auch die Theorie der Schweigespirale zu erwähnen. Im Vorfeld der Abstimmung wurde allgemein angenommen – auch aufgrund falscher Umfragewerte – dass das Verbot abgelehnt wird. Die veröffentlichte Meinung der Medien war offensichtlich so dominant, dass sich viele Befragte in den Umfragen nicht getrauten, ihre wahre Stimmabsicht anzugeben. Durch die direkte Demokratie wurde die Schweigespirale aber durchbrochen. Die Medien waren nun praktisch gezwungen, auch über die «andere Seite» nachzudenken und zu schreiben. Es wurde klar sichtbar, dass bei diesem Thema die öffentliche und die veröffentlichte Meinung weit voneinander entfernt lagen.

In wirtschaftlichen Belangen scheint bei den Journalisten ein ausgeprägter Wunsch nach mehr «Gerechtigkeit» vorhanden zu sein. Vorteilen für Reiche stehen sie missbilligend gegenüber. Sowohl das Bankgeheimnis als auch die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländern lehnen sie klar ab, auch wenn damit eventuell finanzielle Einbussen für die Schweiz verbunden sind. Die Reduktion der Schere zwischen Arm und Reich gewichten die Journalisten offensichtlich höher als den Reichtum des Landes. Die Journalisten sprechen sich in Wirtschaftsfragen entschlossen für die sozial Schwächeren aus (Einführung Mindestlohn) und fordern gleichzeitig die Beschränkung von Manager-Gehältern.

Die Infragestellung des obligatorischen Militärdienstes kann einerseits in Zusammenhang gestellt werden mit der kritischen Betrachtung der Neutralität – und gar mit der Ablehnung des Bankgeheimnisses. Alle diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass Journalisten eher gewillt sind, Traditionen abzuschaffen, die mit dem «Mythos Schweiz» zusammenhängen. Für viele Schweizer stehen der obligatorische Militärdienst und die Milizarmee für eine traditionelle Schweiz, in welcher auch die Neutralität und das Bankgeheimnis selbstverständlich sind. Journalisten neigen in diesen Fragen vermehrt zu Veränderungen als die Gesamtbevölkerung. Dieser Eindruck wird auch durch die weniger strikte Ablehnung eines EU-Beitritts bestätigt. Momentan sind zwar auch die Journalisten mehrheitlich dagegen, allerdings nicht annähernd in dem Masse wie das Volk. Dieser Trend zur grösseren Öffnungsbereitschaft kam schon bei einer Umfrage im Jahr 2001 zum Ausdruck (vgl. Haeberli 2001).

Tendenziell sind die Journalisten Neuerungen gegenüber also offener als die Gesamtbevölkerung – eine Ausnahme bildet allerdings die Volkswahl des Bundesrates. Die Journalisten lehnen diese strikt ab, während sich im Volk doch einige dafür begeistern können. Vielleicht liegt diese Abneigung der Journalisten daran, dass das Volk in der jüngeren Vergangenheit eher nicht in ihrem Sinne gestimmt hat. Das Minarett-Verbot hat viele Medienschaffende offensichtlich schockiert und man traut dem Volk die Wahl des Bundesrates deshalb möglicherweise schlicht nicht zu bzw. man hat Angst vor einem «falschen» Ergebnis. Es ist aber auch denkbar, dass sich die Journalisten besser bewusst sind, was eine Volkswahl des Bundesrates mit sich bringen würde. So würden Wahl-

kampagnen vermutlich ganz neue Dimensionen erreichen, was vor allem finanzstarken Kandidaten und Parteien zugute kommen würde. Finanzstark – und somit im Vorteil – wäre auch die SVP. Und das wäre bestimmt nicht nach dem Geschmack der meisten Journalisten.

Ein stärkerer und längerer Wahlkampf könnte für die Journalisten aber durchaus auch interessant sein, da sich dadurch die Medienberichterstattung über die Bundesratswahl voraussichtlich über mehrere Wochen und Monate hinausziehen würde. Diese Verlockung scheint aber – wenn überhaupt – nur für wenige Journalisten ein gewichtiges Argument für eine Volkswahl zu sein.

Zum Ende dieses Abschnitts sei noch einmal darauf hingewiesen, dass in diesem Interpretationsteil vor allem die Unterschiede zwischen den Journalisten und der Bevölkerung betont wurden. Bei der Mehrheit der Sachfragen gehen die Mehrheitsmeinungen beider Seiten aber in die gleiche Richtung.

5.2 Parteipräferenzen

Bei den Parteipräferenzen zeigt sich ein krasses Missverhältnis zwischen den befragten Journalisten und der Gesamtbevölkerung. Zu den einzelnen Parteien können folgende Erkenntnisse festgehalten werden:

1. Die SVP ist bei den Journalisten – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung – krass untervertreten und nur die sechststärkste Partei.
2. Die Grünliberalen geniessen bei den Journalisten grosse Sympathien und haben unter diesen die zweitgrösste Anhängerschaft.
3. Die SP ist bei den Journalisten die mit Abstand stärkste Partei und hat verglichen mit der Gesamtbevölkerung rund doppelt soviel Unterstützung.
4. Von den Grünen fühlen sich zwar unter den Journalisten prozentual mehr repräsentiert als in der Gesamtbevölkerung, im Vergleich zu den Grünliberalen und der SP ist der Zuwachs aber bescheiden.
5. Die CVP kommt bei den Journalisten nur auf Platz fünf und muss die Grünen und Grünliberalen vorbeiziehen lassen.
6. Die FDP hat unter den Journalisten in etwa gleich viel Unterstützung wie in der Gesamtbevölkerung und ist ebenfalls die drittgrösste Partei.

Die wertkonservativen Parteien CVP und SVP haben bei den Journalisten einen extrem schwierigen Stand. Beide erhalten von den Befragten nur wenig Zuspruch. Vor allem die Diskrepanz bei der SVP ist nicht zu übersehen. Die wählerstärkste Partei kann mit ihren Schwerpunktthemen Ausländerpolitik und Unabhängigkeit von Europa bei den Medienschaffenden offensichtlich nicht punkten. Zudem trägt die regelmässige Medienschelte von

Parteixonponenten sicher auch nicht zur Beliebtheit bei den Journalisten bei. Nicht auszuschliessen ist aber, dass in kleinen Lokalredaktionen die SVP besser vertreten ist. Solche Zeitungen wurden in die Befragung aber nicht miteinbezogen.

Dass die Journalisten bürgerlichen Parteien gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt sind, zeigen die Werte der FDP. Diese stösst auf eine respektable Akzeptanz. Die Tatsache, dass die Grünliberalen in der Journalisten-Befragung von der Kleinpartei zur zweitstärksten Kraft aufsteigen, legt den Schluss nahe, dass die Medienschaffenden wirtschaftlichen Liberalismus nicht grundsätzlich ablehnen. Schliesslich sprechen sich die Grünliberalen – wie die FDP – für eine freie Marktwirtschaft aus.

Grundsätzlich favorisieren die Journalisten aber links-grüne Parteien. Die Grünen, die Grünliberalen und die SP haben zusammen mehr als doppelt so viele Sympathien als die CVP, FDP und SVP zusammen. Schon in der Studie von Nyffeler im Jahr 1999 war die SP unter den Journalisten klar die beliebteste Partei (vgl. Nyffeler 1999). Dieser Trend wird nun bestätigt. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass Journalisten als «vierte Gewalt» eine kritische Haltung gegenüber den «Mächtigen», dem Staat, anstreben. Und da in der Schweiz das Parlament seit Jahrzehnten bürgerlich dominiert ist, positionieren sich die Journalisten auf der Seite der links-grünen Parteien.

5.3 Einstellungsänderung

Der Befund, dass sich die politische Einstellung durch die journalistische Tätigkeit – wenn überhaupt – mehrheitlich zur Mitte oder nach rechts verschiebt, überrascht. Obwohl in den Redaktionen vorwiegend links-grüne Journalisten arbeiten, verändert sich die Einstellung mehrheitlich in die andere Richtung. Vielleicht hängt dieses Phänomen damit zusammen, dass man mit fortschreitendem Alter oft zu weniger radikalen Positionen respektive eben vermehrt zur Mitte tendiert. In diesem Fall wäre dies kein journalistisches, sondern ein menschliches Phänomen. Vielleicht ist die Einstellungsänderung «weg» von links aber auch eine Trotzreaktion. Es ist denkbar, dass einige Journalisten gegen den Strom schwimmen wollen, wenn sie erkennen, dass ihre Kollegen politisch eher links sind.

Es sei an dieser Stelle aber daran erinnert, dass die Mehrheit der Journalisten angab, dass sich ihre politische Einstellung durch die journalistische Tätigkeit nicht verändert habe.

5.4 Einflussnahme

Eine bewusste politische Beeinflussung der Berichterstattung verneint die grosse Mehrheit der Journalisten. Sie fühlen sich offensichtlich dem Credo der (möglichst) objektiven Berichterstattung verpflichtet.

Eine unbewusste Einflussnahme schliessen die meisten Journalisten hingegen nicht aus. In spontanen Rückmeldungen am Ende des Fragebogens (vgl. Anhang 8.4.1) geben viele Be-

fragte an, dass eine absolut werteneutrale Berichterstattung schlicht nicht möglich sei, dass man sich aber bemühe, die eigene Einstellung aussen vor zu lassen. Zahlreiche Kommentare weisen auch darauf hin, dass die politische Einstellung vor allem bei der Themenwahl eine Rolle spiele.

Diese Resultate und Aussagen unterstützten den Gatekeeper-Ansatz von David Manning White (vgl. Kapitel 2.2.1) und zeigen zugleich die Wichtigkeit der politischen Orientierung des einzelnen Journalisten auf. Allerdings muss relativierend festgehalten werden, dass es sich dabei um Selbsteinschätzungen der Journalisten handelt und solche natürlich sehr subjektiv sind.

5.5 Fazit

Bei den Sachfragen sind die Differenzen zwischen dem Volk und den Journalisten weniger gross als bei den Parteipräferenzen. In vielen Fragen tendieren beide Seiten in die gleiche Richtung, auch wenn es einige krasse Ausnahmen gibt. So hält die grosse Mehrheit der Journalisten das Minarett-Verbot für nicht vereinbar mit dem zwingenden Völkerrecht. Zudem stehen die Medienschaffenden Schweizer Traditionen wie dem Bankgeheimnis, der Neutralität und dem obligatorischen Militärdienst deutlich kritischer gegenüber als die Bevölkerung. Bei diesen Themen zeigt sich klar, für welche Parteien die Journalisten mehrheitlich Sympathien haben. Wie die Auswertung der Parteipräferenzen nämlich eindrücklich zeigt, fühlen sich die Journalisten mit grosser Mehrheit von links-grünen Parteien repräsentiert. Dies könnte daran liegen, dass sich die Journalisten als «Wachhunde» der Demokratie verstehen und deshalb bewusst eine Gegenposition zum bürgerlich dominierten Parlament einnehmen. Trotzdem: Die untersuchten Redaktionen sind meilenweit davon entfernt, ein politisches «Spiegelbild der Gesellschaft» zu sein.

Bewusst politisch gefärbt wird die Berichterstattung von den meisten Befragten – nach eigenen Angaben – allerdings nicht. Vor allem bei der Themenwahl kann eine unbewusste Einflussnahme von den meisten aber nicht ausgeschlossen werden. Diese Erkenntnisse kohärieren mit dem Gatekeeper-Ansatz und unterstreichen die Bedeutung der politischen Einstellung des einzelnen Journalisten.

Der Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung wird durch die Studie allerdings eher relativiert. Obwohl die Journalisten um einiges weiter links stehen als das Volk – und die Meinungen anscheinend teilweise auch in die Berichterstattung mit einfließen – hat in den letzten Jahren vor allem die SVP grosse Wähleranteile gewonnen. Falls die Medien also tatsächlich einen «linken Mainstream» vorgeben, bewegt das die politische Orientierung der Medienkonsumenten offensichtlich nicht in dieselbe Richtung. Die Agenda-Setting-Theorie (vgl. Kapitel 2.1.1) wird durch die Studie hingegen tendenziell bestätigt. Schliesslich ist die SVP dank geschickter Pressearbeit und aufsehenerregenden Kampagnen sehr oft in den

Medien vertreten. Es ist also nicht auszuschliessen, dass die SVP von den Medien profitiert, obwohl unter den Journalisten kaum Sympathien für die Partei vorhanden sind.

6. Schlussteil

6.1 Zusammenfassung

Das Ziel dieser Arbeit war es, die politische Orientierung von Deutschschweizer Journalisten zu untersuchen. Einerseits sollte herausgefunden werden, welche Meinung die Medienschaffenden zu spezifischen politischen Fragen haben und andererseits, welche Parteien sie favorisieren. Die Umfrageergebnisse sollten dann Vergleichswerten aus der Gesamtbevölkerung gegenübergestellt werden, um festzustellen, wo die Journalisten im Vergleich zum Schweizer Volk politisch stehen.

Zusätzlich sollten die Befragten in Form einer Selbsteinschätzung angeben, ob sich ihre politische Einstellung durch die journalistische Tätigkeit verändert hat, ob sie ihre politische Einstellung bewusst in die Berichterstattung einfliessen lassen bzw. ob sie glauben, dass ihre politische Einstellung unbewusst in ihre Berichterstattung einfliesst.

Die Relevanz des gewählten Forschungsgegenstandes war grundsätzlich durch die Wichtigkeit der Medien für die Gesellschaft gegeben. Durch die öffentliche Diskussion über das Thema wurde die Bedeutsamkeit zusätzlich erhöht.

Befragt wurden die grössten Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen, Privatradios, regionale Fernsehsender und die politisch relevanten Redaktionen der SRG. Insgesamt wurden 1428 Journalisten mit dem Fragebogen konfrontiert. 343 gültige Antworten flossen in die Bewertung ein, was einer Rücklaufquote von 24 Prozent entspricht. Die Untersuchung beschränkte sich auf die Deutschschweiz.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Journalisten und die Bevölkerung bei Sachfragen eher einig sind als bei der Parteipräferenz. Bei den Sachfragen kommt es nur bei wenigen Themen vor – zum Beispiel beim Minarett-Verbot, beim Bankgeheimnis oder beim obligatorischen Militärdienst – dass die Mehrheiten in entgegengesetzte Richtungen tendieren. Die Parteipräferenzen der Journalisten decken sich mit der Gesamtbevölkerung hingegen überhaupt nicht. Die SP ist die mit Abstand stärkste Partei bei den Journalisten, während die SVP erst auf Platz sechs kommt. Grosse Sympathien unter den Journalisten geniessen auch die Grünliberalen. Von diesen fühlen sich – nach der SP – am meisten Medienschaffende repräsentiert. Von einem politischen Abbild der Gesellschaft sind die befragten Journalisten dementsprechend weit entfernt.

Eine bewusste politische Beeinflussung der Berichterstattung verneint die Mehrheit der Journalisten. Hingegen schliesst mehr als die Hälfte einen unbewussten Einfluss nicht aus. Vor allem bei der Themenwahl spielt die politische Einstellung anscheinend bei vielen eine

Rolle. Diese Einräumung unterstützt den Gatekeeper-Ansatz und zeigt die Wichtigkeit der politischen Gesinnung des einzelnen Journalisten auf.

7. Literaturangaben

- Admin.ch (2011): „Einreichung Petition Gebührenmonster: 200 Franken sind genug.“ In: <http://www.news.admin.ch/dienstleistungen/00009/?lang=en&event-id=3526> (18.06.2011)
- Baumann, Ruedi (2010): SVP fordert, dass linke Reporter ihr Parteibüchlein öffnen. In: Tages Anzeiger vom 16. November 2010.
- Benini, Francesco (2009): Tele Blocher am Leutschenbach. In: NZZ am Sonntag vom 20. Dezember 2009, S. 25.
- Bieri, Urs u. a. (2011): „Fukushima als dominantes Element. Wichtigstes in Kürze.“ In: <http://www.gfsbern.ch/Neuigkeiten/tabid/177/Itemid/736/amid/1151/befragung-kernenergie-2011.aspx> (18.06.2011).
- Blum, Roger (2011): Keine Ausreden, bitte. In: Die Weltwoche Nr. 12 vom 24. März 2011, S. 17.
- Bonfadelli, Heinz (2004): Medienwirkungsforschung II. Anwendungen (2. Aufl.). Konstanz.
- Breed, Warren (1973): Soziale Kontrolle in der Redaktion: eine funktionale Analyse. In: Aufermann, Jörg / Bohrmann, Hans / Sülzer, Rolf (Hg.): Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problemstellungen. Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation. Band 1. Frankfurt a. M., S. 356-378.
- Bundesamt für Statistik (2009): „Eidgenössische Volksabstimmung vom 29. November 2009.“ In: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03/blank/key/2009/05.html> (20.06.2011).
- Claußen, Bernhard / Geißler, Rainer (1996): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen.
- Cohen, Bernhard C. (1963): The Press and Foreign Policy. Princeton.
- Donsbach, Wolfgang (1982): Legitimationsprobleme des Journalismus. Gesellschaftliche Rolle der Massenmedien und berufliche Einstellung von Journalisten. Freiburg / München.
- Frasch, Gerhard (1987): Der Rücklaufprozess bei schriftlichen Befragungen. Frankfurt am Main.
- Galtung, Johan / Ruge, Mari Holmboe (1970): The structure of Foreign News. In: Sociology, A Reader. London, S. 259-297.
- Giddens, Anthony (1994): Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics. Cambridge.
- Gut, Philipp / Kunz, Andreas (2010): Monopole. In: Die Weltwoche vom 22. April 2010, S. 12-13.
- Haeberli, David (2001): Les journalistes ont le coeur deux fois plus à gauche que leurs lecteurs. In: Le Temps vom 22. September 2001.
- Hermann, Michael (2009): Keine Angst vor dem Schweizervolk. In: Tages Anzeiger vom 27. Oktober 2009, S. 11.
- Hostettler, Otto / Klee, Matieu (2010): Die Post kommt nicht mehr gut an. In: Der Schweizerische Beobachter vom 5. Februar 2010, S. 28-34.
- Isopublic (2011): „Die Energiepolitik der Schweiz nach dem Ausstiegsentscheid des Bundesrates.“ In: http://www.isopublic.ch/publikationen/pdf/Tabellen_61117.pdf (18.06.2011).
- Isopublic (2010a): Die grosse Umfrage. Schweizer über Steuern und Ausländer. In: Sonntags Blick vom 21. November 2010.
- Isopublic (2010b): „Isopublic Politbarometer im Auftrag der SonntagsZeitung & Le Matin Dimanche.“ In: <http://www.isopublic.ch/publikationen/pdf/ISOPUBLIC%20Politbarometer%20Dez%202010.pdf> (19.06.2011).
- Isopublic (2009a): „Befragung zur Minarett-Initiative.“ In: http://www.isopublic.ch/publikationen/pdf/60927_Tabellen.pdf (18.06.2011).
- Isopublic (2009b): „Bankgeheimnis.“ In: <http://www.isopublic.ch/publikationen/pdf/Tabellen20090301.pdf> (18.06.2011).
- Isopublic (2008a): „Bundesbeteiligung an der UBS.“ In: <http://www.isopublic.ch/publikationen/pdf/6859Tabellen.pdf> (18.06.2011).
- Isopublic (2008b): „Bundesrat Samuel Schmid.“ In: <http://www.isopublic.ch/publikationen/pdf/sa130908.pdf> (19.06.2011).
- Isopublic (2006): „Unterhaltung SF DRS.“ In: http://www.isopublic.ch/publikationen/archiv/2006/09.11.06_SFDRS.pdf (18.06.2011).

- Isopublic (2000): Das Volk will Transparenz. In: Sonntags Zeitung vom 9. Januar 2000.
- Keel, Guido (2011): Journalismus zwischen Konstanz und Wandel. Eine Untersuchung der Schweizer Journalisten im Zeitverlauf. Konstanz (im Erscheinen).
- Kobler, Seraina (2011): SVP und SP sind die Stars. Bakom-Experten sagen: Mitte-Parteien kommen bei Radio und Fernsehen zu kurz. In: Sonntags Zeitung vom 20. Februar 2011.
- Link Institut (2011): „SGB: Mindestlöhne.“ In: http://sgb.ch/uploaded/files/110621_PPP_Umfrage_MiLo.pdf (21.06.2011).
- Longchamp, Claude u.a. (2011): „Umweltthema nach ‚Fukushima‘ Problem Nummer 1. GPS, GLP, und BDP im Aufwind, SVP hält sich bei knapp 30 Prozent, FDP bricht markant ein.“ In: http://www.parlamentswahlen-2011.ch/tl_files/content/pdf-de/wahlbarometer-2011-dritte-welle.pdf (19.06.2011).
- Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden.
- Marr, Mirko u. a. (2001): Journalisten in der Schweiz. Konstanz.
- Meier, Klaus (2007): Journalistik. Konstanz.
- Merki, Kurt-Emil (2011): Was für ein Mumpitz! In: Sonntag vom 27. März 2011.
- Merten, Klaus / Teipen, Petra (1991): Empirische Kommunikationsforschung. Darstellung, Kritik, Evaluation. München.
- Mindestlohn-Initiative (2011): „Mindestlohn-Initiative lanciert: Medienmitteilung.“ In: <http://www.mindestlohn-initiative.ch/mindestlohn-initiative-lanciert-medienmitteilung/> (18.06.2011)
- M.I.S. Trend (2011): Die Schweizer möchten die Einwanderung begrenzen. In: Tages Anzeiger vom 12. Mai 2011, S. 6-7.
- M.I.S. Trend (2010): „Die Krise in Wirtschaft & Politik. Die Meinungen der Leader und der Bevölkerung.“ In: http://www.mistrend.ch/articles/Studie_SOPHIA_2010.pdf (18.06.2011).
- M.I.S. Trend (2008): „Die Schweizer und die Globalisierung. Die Meinungen der Leader und der Bevölkerung.“ In: http://www.mistrend.ch/articles/Sophia%202008_D.pdf (19.06.2011).
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1982): Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. Frankfurt.
- Nyffeler, Bettina (1999): Schweizerische Aussenpolitik und Journalismus. Eine Befragung politischer Journalist/innen tagesaktueller Schweizer Medien. Bern.
- Schenk, Michael (2007): Medienwirkungsforschung (3., vollst. überarb. Aufl.). Tübingen.
- Schmidt, Manfred G. (1995): Wörterbuch zur Politik. Stuttgart.
- Scholl, Armin (2009): Die Befragung (2. Aufl.). Konstanz.
- Schulz, Winfried (1997): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik. Opladen / Wiesbaden.
- Schwarzenegger, Christian u. a. (2010): „Was die Schweizer Bevölkerung von Sterbehilfe und Suizidbeihilfe hält. Erste Resultate einer repräsentativen nationalen Befragung.“ In: http://www.rwi.uzh.ch/lehreforschung/alphabetisch/schwarzenegger/publikationen/Schwarzenegger_et_al_2010.pdf (18.06.2011).
- Schweizerische Depeschenagentur (2010): Enttäuschte Rechte kritisiert «rotes Staatsfernsehen». In: Neue Zürcher Zeitung vom 19. Mai 2010, S. 11.
- Sieber, David (2011): „Der Journalist und seine Gesinnung.“ In: <http://www.suedostschweiz.ch/community/blogs/der-journalist-und-seine-gesinnung> (25.05.2011).
- Staab, Joachim Friedrich (1990): Nachrichtenwerttheorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt. Freiburg / München.
- Stadler, Rainer (2011): Glasnost im Journalismus. Auch Journalisten sollen ihre Interessenbindungen offenlegen. Dennoch: Völlige Transparenz in den Medien lässt sich nicht herstellen. In: Neue Zürcher Zeitung vom 1. April 2011, S. 23.
- Szvircev Tresch, Tibor u. a. (2011). „Sicherheit 2011. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.“ In: http://www.css.ethz.ch/box_feeder/Sicherheit-2011.pdf (19.06.2011).
- Vimentis (2011): „Volksmeinung 2011. Umfrageergebnisse zu den Themenbereichen Bildung, Gesundheitswesen, Regierungsreform, Soziale Gleichheit, Altersvorsorge.“ In: http://www.vimentis.ch/umfrage/10_lang_d.pdf (18.06.2011).
- Vimentis (2009): „Umfrageergebnisse 2009. Langfassung.“ In: http://www.vimentis.ch/umfrage/09_lang_d.pdf (19.06.2011).
- Vontobel, Jan (2005): Die politische Position von Schweizer Qualitätszeitungen. Winterthur.

- Weischenberg, Siegfried (1989): Der enttarnte Elefant. Journalismus in der Bundesrepublik – und die Forschung, die sich ihm widmet. In: Media Perspektiven, Heft 4, 227-239.
- Weischenberg, Siegfried / Malik, Maja / Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz.
- White, David Manning (1950): The „Gatekeeper“: A Case Study in the Selection of News. In: Dexter, Lewis Anthony / White, David Manning (Hg.): People, Society and Mass Communication. New York, S. 160-172.
- Wiegand, Markus (2011): Entdecken Sie den Roger in sich. Warum ein Interview mit Roger Schawinski ein Genuss ist. Warum es nervt, dass Transparenz immer nur für die anderen gelten soll. In: Schweizer Journalist 6, H. 4, S. 3.
- Zürcher Presseverein (2011): „Brief an alle Journalistinnen und Journalisten.“ In: http://www.presseverein.ch/uploads/2011/03/Brief_an_Journalisten_02.03.2011.pdf (25.05.2011).
- 20 Minuten Online (2011): „Die grosse SRG-Umfrage.“ In: <http://www.20min.ch/tooldata/survey/queryresult/query-949.html> (09.06.2011).

8. Anhang

8.1 Fragbogen

<h2 style="text-align: center;">Studie über die politische Orientierung von Schweizer Journalistinnen und Journalisten</h2> <p>Sehr geehrte Journalistenkollegin, sehr geehrter Journalistenkollege</p> <p>In unserem Beruf informieren wir die Gesellschaft Tag für Tag über Sachverhalte oder Vorgänge, die von politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Bedeutung sind. Wir tragen damit zur öffentlichen Meinungsbildung bei und übernehmen als «vierte Gewalt» eine zentrale Aufgabe für das Funktionieren unserer Demokratie.</p> <p>In dieser Rolle sieht sich der Journalismus aber auch immer wieder mit Kritik konfrontiert. Die politische Rechte moniert, dass die Medien unausgewogen und «linkslastig» berichten würden. Den linken Politikern sind die Medien dagegen oft zu «bürgerlich» orientiert. In der Schweiz fehlen zuverlässige Daten, mit denen in dieser Diskussion seriös argumentiert werden könnte. Diesen Zustand empfinde ich sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus demokratietheoretischer Sicht als höchst unbefriedigend: Die Journalistik in der Schweiz tappt in einem essenziellen Feld ihres Forschungsgebiets im Dunkeln und der Öffentlichkeit wird die unabhängige, persönliche Meinungsbildung erschwert, da sie die politische Orientierung der Journalistinnen und Journalisten nicht kennt.</p> <p>Um der Bewältigung dieser Mängel einen Schritt näher zu kommen, bin ich auf Ihre Hilfe angewiesen. Im Rahmen meiner Bachelorarbeit will ich mit dieser Befragung mehr über die politische Orientierung von Schweizer Journalistinnen und Journalisten herausfinden. Mein Fragebogen wurde an die auflagenstärksten Tages- und Wochenzeitungen, an ausgewählte Privatradios und an politisch relevante Redaktionen des SRF verteilt. Er besteht aus drei Teilen: 1. Demografische Daten zu Ihrer Person, 2. Politische Standpunkte zu 21 Fragen und 3. Selbsteinschätzung des Einflusses Ihrer politischen Haltungen auf Ihre journalistische Tätigkeit. Im Hauptteil wurden bewusst Themen gewählt, die in den Medien oft Auslöser kontroverser Debatten sind. Die ganze Umfrage ist absolut anonym.</p> <p>Als junger, angehender Journalist und Journalistik-Student bin ich der Überzeugung, dass eine höhere Transparenz die Glaubwürdigkeit der Medien erhöhen würde. Ich hoffe deshalb auf Ihre Unterstützung. Vielen Dank!</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Thomas Schlittler</p> <p>Studierender 6. Semester Journalismus / Organisationskommunikation ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften E-Mail: thomas.schlittler@qmx.net</p>									
1 Demografische Daten									
1.1 Alter									
<input type="checkbox"/> 18-24	<input type="checkbox"/> 25-34	<input type="checkbox"/> 35-44	<input type="checkbox"/> 45-54	<input type="checkbox"/> 55-64	<input type="checkbox"/> 65 und älter				
1.2 Geschlecht									
<input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich								
1.3 Medium, für welches Sie vorwiegend arbeiten (bei Online-Tätigkeit: Medium der «Mutter»-Redaktion angeben)									
<input type="checkbox"/> Tageszeitung	<input type="checkbox"/> Sonntags-/Wochenzeitung	<input type="checkbox"/> Fernsehen	<input type="checkbox"/> Radio						
1.4 Ressort (Mehrfach-Nennungen möglich)									
<input type="checkbox"/> Politik	<input type="checkbox"/> Wirtschaft	<input type="checkbox"/> Gesellschaft	<input type="checkbox"/> Lokales / Regionales	<input type="checkbox"/> Anderes					
1.4.1 Spezifizierung (nur falls 1.4 mit «Anderes» beantwortet)									
<table border="1" style="width: 100%; height: 20px;"> <tr> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> </table>									

2 Politische Standpunkte				
2.1 Befürworten Sie das Monopol der Post im Briefverkehr?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.2 Beurteilen Sie die heutige Organisation der Medienaufsicht in der Schweiz als gut?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.3 Erachten Sie die Höhe der Radio- und Fernsehgebühren in der Schweiz als gerechtfertigt?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.4 Befürworten Sie die Einführung eines Mindestlohnes von 3'550 Franken?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.5 Befürworten Sie die Möglichkeit der Pauschalbesteuerung ausländischer Bürger/-innen?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.6 Befürworten Sie die weitere Auflockerung des Bankgeheimnisses?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.7 Befürworten Sie eine gesetzliche Beschränkung von Manager-Gehältern?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.8 Befürworten Sie die aktive Sterbehilfe unter bestimmten Rahmenbedingungen?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.9 Befürworten Sie den Bau neuer Atomkraftwerke (AKWs) als Ersatz für die bisherigen AKWs?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.10 Befürworten Sie die Dispensierung vom Schulunterricht aus religiösen Gründen? (z.B. Schwimmunterricht, Schullager, Sexualaufklärung)				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.11 Beurteilen Sie die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz generell als gelungen?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.12 Erachten Sie das Minarett-Verbot als vereinbar mit dem zwingenden Völkerrecht?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.13 Erachten Sie den obligatorischen Militärdienst in der Schweiz als sinnvoll?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.14 Soll die Schweiz an ihrem aussenpolitischen Credo der «bewaffneten Neutralität» festhalten?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.15 Befürworten Sie einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.16 Soll die Schweiz bei der Bildung der Landesregierung auch in Zukunft am Konkordanzprinzip festhalten?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
2.17 Erachten Sie das Kollegialitätsprinzip in der Kommunikation der Bundesräte als sinnvoll?				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht

2.18 Befürworten Sie die Volkswahl des Bundesrats?					
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht	
2.19 Sollten die politischen Parteien ihre Finanzierung vollständig offenlegen müssen?					
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht	
2.20 Von welcher Partei fühlen Sie sich am ehesten repräsentiert?					
<input type="checkbox"/> GPS	<input type="checkbox"/> SP	<input type="checkbox"/> CVP	<input type="checkbox"/> FDP	<input type="checkbox"/> SVP	<input type="checkbox"/> Andere
2.20.1 Spezifizierung (nur falls 2.20 mit «Andere» beantwortet)					
2.21 Sind Sie Mitglied einer politischen Partei?					
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein				
2.21.1 Spezifizierung (nur falls 2.21 mit «ja» beantwortet): Welcher Partei gehören Sie an?					
<input type="checkbox"/> GPS	<input type="checkbox"/> SP	<input type="checkbox"/> CVP	<input type="checkbox"/> FDP	<input type="checkbox"/> SVP	<input type="checkbox"/> Andere
2.21.1.1 Spezifizierung (nur falls 2.21.1 mit «Andere» beantwortet)					
3 Beeinflussung durch und Einfluss auf journalistische Tätigkeit					
3.1 Hat sich Ihre politische Einstellung durch Ihre journalistische Tätigkeit geändert?					
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht	
3.1.1 Spezifizierung (nur falls 3.1 mit «ja» oder «eher ja» beantwortet): In welche Richtung hat sich Ihre politische Einstellung verändert?					
<input type="checkbox"/> nach links	<input type="checkbox"/> eher nach links	<input type="checkbox"/> zur Mitte	<input type="checkbox"/> eher nach rechts	<input type="checkbox"/> nach rechts	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht
3.2 Lassen Sie Ihre politische Einstellung <i>bewusst</i> in Ihre journalistische Arbeit einfließen? (ausgenommen sind eindeutig als «Kommentar» gekennzeichnete Beiträge)					
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht	
3.3 Denken Sie, dass Ihre politische Einstellung <i>unbewusst</i> in Ihre journalistische Arbeit einfließt?					
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> eher ja	<input type="checkbox"/> eher nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> keine Antwort / weiss nicht	
4 Kommentar, Feedback					
5 Ergebnisse					
Möchten Sie die Ergebnisse der Umfrage per Mail zugestellt bekommen?					
Wenn ja, müssen Sie hier Ihre E-Mail-Adresse angeben: <input type="text"/>					
Die Adresse wird nicht mit Ihren Antworten in Zusammenhang gebracht.					

8.2 Rücklaufquote unbereinigt

Tageszeitungen				
Titel:	Auflage 2010:¹⁵	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote unbereinigt:
Tages-Anzeiger	203'636	77	19	24.7
Berner Zeitung	181'705	62	15	24.2
Neue Zürcher Zeitung	136'894	113	25	22.1
Südostschweiz	124'760	51	12	23.5
Neue Luzerner Zeitung	124'242	64	13	20.3
Aargauer Zeitung	100'394	54	25	46.3
St. Galler Tagblatt	94'020	131	31	23.7
Basler Zeitung	83'773	47	7	14.9
Der Bund	51'183	38	3	7.9
Zürichsee Zeitung	39'994	38	9	23.7
Solothurner Zeitung	35'997	24	9	37.5
Zürcher Oberländer	34'784	24	1	4.2
Der Landbote	33'101	47	4	8.5
Total Tageszeitungen:		770	173	22.5

Sonntags- und Wochenzeitungen				
Titel:	Auflage 2010:	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote unbereinigt:
Das Magazin	451'788 (gratis)	10	5	50.0
Der Beobachter	306'531	53	18	34.0
NZZ Folio	204'350	5	3	60.0
SonntagsZeitung	188'658	30	8	26.7
Der Sonntag	170'368	14	4	28.6
NZZ am Sonntag	129'813	33	5	15.2
Die Weltwoche	79'753	15	5	33.3
Total Sonntags- und Wochenzeitungen		160	48	30.0

Privatradios				
Unternehmen:	NR-T / MA 2010¹⁶	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote unbereinigt:
Energy Zürich	251.3 / 2.2 %	7	1	14.3
Radio Zürisee	218.9 / 2.0 %	9	4	44.4
Radio Argovia	213.7 / 2.4 %	11	8	72.7
Radio FM1	209.5 / 1.8 %	14	5	35.7
Radio Central	198.3 / 1.7 %	9	2	22.2
Radio Pilatus	186.2 / 2.0 %	11	7	63.6
Radio Top	156.9 / 1.3 %	18	5	27.8
Radio 32	152.3 / 1.7 %	9	4	44.4
Radio Basilisk	122.1 / 1,3 %	9	5	55.6
Radio Sunshine	117.7 / 1.1 %	7	2	28.6

¹⁵ Alle Auflagenzahlen datieren aus dem Jahr 2010 und wurden von der WEMF – der AG für Werbemedienforschung – ermittelt.

¹⁶ Alle Hörerzahlen datieren aus dem 2. Semester des Jahres 2010 und wurden von Mediapulse Radiopanel erhoben.

Radio 1	116.5 / 1.1 %	12	2	16.7
Energy Bern	92.6 / 0.8 %	10	2	20.0
Capital FM	89.5 / 0.8 %	10	2	20.0
Radio BeO	76.6 / 1.0 %	16	5	31.3
Radio Basel	73.7 / 0.4 %	13	6	46.2
Radio Grischa	63.0 / 0,6 %	11	2	18.2
Total Privatradios		176	62	35.2

Regionale Fernsehsender			
Unternehmen:	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote unbereinigt:
TeleZüri	26	7	26.9
Tele Top	21	6	28.6
Tele Südostschweiz	10	2	20.0
TVO	12	3	25.0
Tele M1	17	4	23.5
TeleBärn	16	1	6.3
Telebasel	18	6	33.3
Total regionale Fernsehsender	120	29	24.2

Politisch relevante Redaktionen der SRG			
Redaktion:	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote unbereinigt:
Tagesschau	111	16	14.4
10vor10	33	2	6.1
Rundschau	19	1	5.3
Schweiz aktuell	26	7	26.9
ECO	13	4	30.8
Total relevante SRG-Redaktionen	202	30	14.9

Redaktion (aus allen Sparten möglich)	Retourniert:
unbekannt	8

Gesamtübersicht			
Medium:	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote unbereinigt:
Total Tageszeitungen	770	173	22.5
Total Sonntags- und Wochenzeitungen	160	48	30.0
Total Privatradios	176	62	35.2
Total regionale Fernsehsender	120	29	24.2
Total relevante SRG-Redaktionen	202	30	14.9
unbekannt		8	
Total:	1428	350	24.5

Abbildung 2: Rücklaufquote unbereinigt

8.3 Rücklaufquote bereinigt

Tageszeitungen				
Titel:	Auflage 2010:	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote bereinigt:
Tages-Anzeiger	203'636	77	19	24.7
Berner Zeitung	181'705	62	15	24.2
Neue Zürcher Zeitung	136'894	113	24	21.2
Südostschweiz	124'760	51	11	21.6
Neue Luzerner Zeitung	124'242	64	11	17.2
Aargauer Zeitung	100'394	54	24	44.4
St. Galler Tagblatt	94'020	131	31	23.7
Basler Zeitung	83'773	47	7	14.9
Der Bund	51'183	38	3	7.9
Zürichsee Zeitung	39'994	38	9	23.7
Solothurner Zeitung	35'997	24	9	37.5
Zürcher Oberländer	34'784	24	1	4.2
Der Landbote	33'101	47	4	8.5
Total Tageszeitungen:		770	168	21.8

Sonntags- und Wochenzeitungen				
Titel:	Auflage 2010:	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote bereinigt:
Das Magazin	451'788 (gratis)	10	5	50.0
Der Beobachter	306'531	53	18	34.0
NZZ Folio	204'350	5	3	60.0
SonntagsZeitung	188'658	30	7	23.3
Der Sonntag	170'368	14	4	28.6
NZZ am Sonntag	129'813	33	5	15.2
Die Weltwoche	79'753	15	5	33.3
Total Sonntags- und Wochenzeitungen		160	47	29.4

Privatradios				
Unternehmen:	NR-T / MA 2010	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote bereinigt:
Energy Zürich	251.3 / 2.2 %	7	1	14.3
Radio Zürisee	218.9 / 2.0 %	9	4	44.4
Radio Argovia	213.7 / 2.4 %	11	8	72.7
Radio FM1	209.5 / 1.8 %	14	4	28.6
Radio Central	198.3 / 1.7 %	9	2	22.2
Radio Pilatus	186.2 / 2.0 %	11	7	63.6
Radio Top	156.9 / 1.3 %	18	5	27.8
Radio 32	152.3 / 1.7 %	9	4	44.4
Radio Basilisk	122.1 / 1,3 %	9	5	55.6
Radio Sunshine	117.7 / 1.1 %	7	2	28.6
Radio 1	116.5 / 1.1 %	12	2	16.7
Energy Bern	92.6 / 0.8 %	10	2	20.0
Capital FM	89.5 / 0.8 %	10	2	20.0
Radio BeO	76.6 / 1.0 %	16	5	31.3
Radio Basel	73.7 / 0.4 %	13	6	46.2

Radio Grischa	63.0 / 0,6 %	11	2	18.2
Total Privatradios		176	61	34.7

Regionale Fernsehsender			
Unternehmen:	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote bereinigt:
TeleZüri	26	7	26.9
Tele Top	21	6	28.6
Tele Südostschweiz	10	2	20.0
TVO	12	3	25.0
Tele M1	17	4	23.5
TeleBärn	16	1	6.3
Telebasel	18	6	33.3
Total regionale Fernsehsender	120	29	24.2

Politisch relevante Redaktionen der SRG			
Redaktion:	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote bereinigt:
Tagesschau	111	16	14.4
10vor10	33	2	6.1
Rundschau	19	1	5.3
Schweiz aktuell	26	7	26.9
ECO	13	4	30.8
Total relevante SRG-Redaktionen	202	30	14.9

Redaktion (aus allen Sparten möglich)	Retourniert:
unbekannt	8

Gesamtübersicht			
Medium:	Angeschrieben:	Retourniert:	Rücklaufquote bereinigt:
Total Tageszeitungen	770	168	21.8
Total Sonntags- und Wochenzeitungen	160	47	29.4
Total Privatradios	176	61	34.7
Total regionale Fernsehsender	120	29	24.2
Total relevante SRG-Redaktionen	202	30	14.9
unbekannt		8	
Total:	1428	343	24.0

Abbildung 3: Rücklaufquote bereinigt

8.4 Auswertungen

8.4.1 Alter

Alle Befragten:

N=337		Häufigkeit	Prozente
Alter	18 bis 24	18	5.3
→ alle Befragten	25 bis 34	135	40.1
	35 bis 44	80	23.7
	45 bis 54	64	19.0
	55 bis 64	39	11.6
	65 und älter	1	.3
Gesamt		337	100.0

Abbildung 4: Alter (alle Befragten)

8.4.2 Geschlecht

Alle Befragten:

N=336		Häufigkeit	Prozente
Geschlecht	weiblich	94	28.0
→ alle Befragten	männlich	242	72.0
	Gesamt	336	100.0

Abbildung 5: Geschlecht (alle Befragten)

8.4.3 Medium

Alle Befragten:

Fälle (N=343) Antworten (N=351)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Medium	Tageszeitung	173	50.4 %
→ alle Befragten	Sonntags-/Wochenzeitung	57	16.6 %
	Fernsehen	59	17.2 %
	Radio	62	18.1 %
Gesamt		351	102.3 %

Abbildung 6: Medium (alle Befragten)

8.4.4 Ressort

Alle Befragten:

Fälle (N=343) Antworten (N=721)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Ressort	Lokales/Regionales	192	56.0 %
→ alle Befragten	Politik	185	53.9 %
	Wirtschaft	130	37.9 %
	Gesellschaft	120	35.0 %
	Anderes	60	17.5 %
	Sport	19	5.5 %
	Kultur	15	4.4 %
Gesamt		721	210.2 %

Abbildung 7: Ressort (alle Befragten)

Nur Tageszeitungen:

Fälle (N=173) Antworten (N=264)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Ressort	Lokales/Regionales	94	54.3 %
→ nur Tages- zeitungen	Politik	70	40.5 %
	Wirtschaft	36	20.8 %
	Gesellschaft	27	15.6 %
	Anderes	26	15.0 %
	Sport	3	1.7 %
	Kultur	8	4.6 %
Gesamt		264	152.6 %

Abbildung 8: Ressort (nur Tageszeitungen)

Nur Sonntags- und Wochenzeitungen:

Fälle (N=57) Antworten (N=101)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Ressort	Lokales/Regionales	5	8.8 %
→ nur Sonntags- und Wochen- zeitungen	Politik	30	52.6 %
	Wirtschaft	17	29.8 %
	Gesellschaft	27	47.4 %
	Anderes	21	36.8 %
	Sport	0	0.0 %
	Kultur	1	1.8 %
Gesamt		101	177.2 %

Abbildung 9: Ressort (nur Sonntags- und Wochenzeitungen)

Nur Fernsehen:

Fälle (N=59) Antworten (N=170)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Ressort	Lokales/Regionales	41	69.5 %
→ nur Fernsehen	Politik	45	76.3 %
	Wirtschaft	40	67.8 %
	Gesellschaft	32	54.2 %
	Anderes	7	11.9 %
	Sport	4	6.8 %
	Kultur	1	1.7 %
Gesamt		170	288.1 %

Abbildung 10: Ressort (nur Fernsehen)

Nur Radio:

Fälle (N=62) Antworten (N=198)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Ressort	Lokales/Regionales	56	90.3 %
→ nur Radio	Politik	45	72.6 %
	Wirtschaft	39	62.9 %
	Gesellschaft	34	54.8 %
	Anderes	7	11.3 %
	Sport	12	19.4 %
	Kultur	5	8.1 %
Gesamt		198	319.4 %

Abbildung 11: Ressort (nur Radio)

8.4.5 Postmonopol Briefverkehr

Alle Befragten:

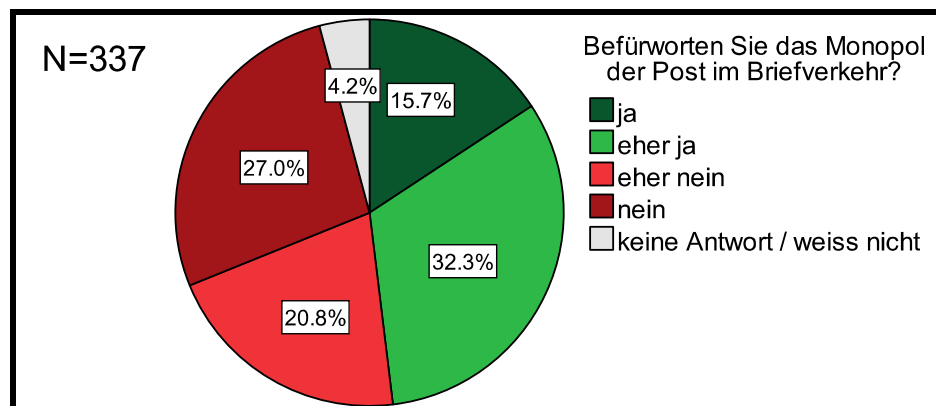


Abbildung 12: Postmonopol Briefverkehr (alle Befragten)

8.4.6 Medienaufsicht

Alle Befragten:

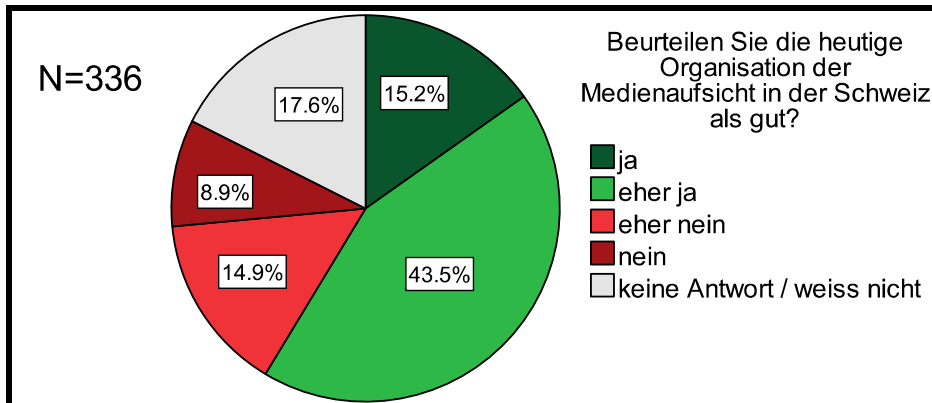


Abbildung 13: Medienaufsicht (alle Befragten)

8.4.7 Radio- und Fernsehgebühren

Alle Befragten (ausgenommen SRG-Redaktionen):

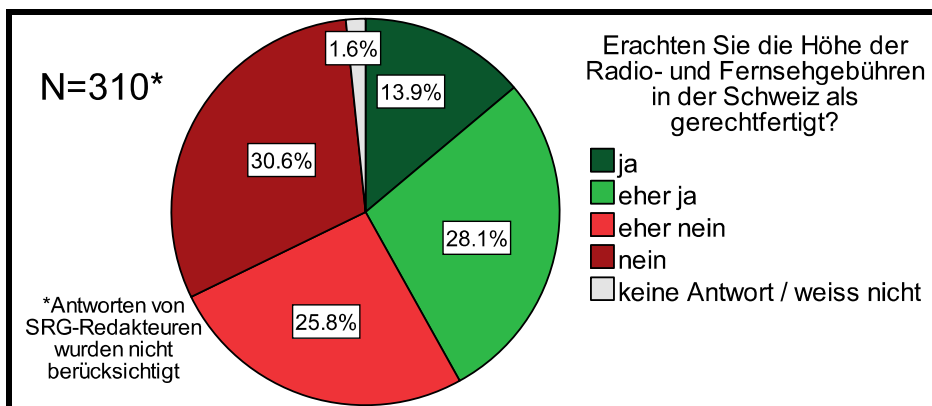


Abbildung 14: Radio- und Fernsehgebühren (alle Befragten; ausgenommen SRG-Redaktionen)

Nur Tageszeitungen:

	N=171	Häufigkeit	Prozente
Radio- und Fernsehgebühren → nur Tageszeitungen	ja	19	11.1
	eher ja	50	29.2
	eher nein	51	29.8
	nein	47	27.5
	keine Antwort / weiss nicht	4	2.3
Gesamt	171	100.0	

Abbildung 15: Radio- und Fernsehgebühren (nur Tageszeitungen)

Nur Sonntags- und Wochenzeitungen:

N=57		Häufigkeit	Prozente
Radio- und Fernsehgebühren → nur Sonntags- und Wochenzeitungen	ja	13	22.8
	eher ja	20	35.1
	eher nein	11	19.3
	nein	13	22.8
	Gesamt	57	100.0

Abbildung 16: Radio- und Fernsehgebühren (nur Sonntags- und Wochenzeitungen)

Nur Fernsehen (ausgenommen SRG-Redaktionen):

N=29		Häufigkeit	Prozente
Radio- und Fernsehgebühren → nur Fernsehen (ausgenommen SRG-Redaktionen)	ja	4	13.8
	eher ja	7	24.1
	eher nein	5	17.2
	nein	13	44.8
	Gesamt	29	100.0

Abbildung 17: Radio- und Fernsehgebühren (nur Fernsehen; ausgenommen SRG-Redaktionen)

Nur Radio:

N=61		Häufigkeit	Prozente
Radio- und Fernsehgebühren → nur Radio	ja	7	11.5
	eher ja	15	24.6
	eher nein	15	24.6
	nein	23	37.7
	keine Antwort / weiss nicht	1	1.6
Gesamt	61	100.0	

Abbildung 18: Radio- und Fernsehgebühren (nur Radio)

8.4.8 Mindestlohn

Alle Befragten:

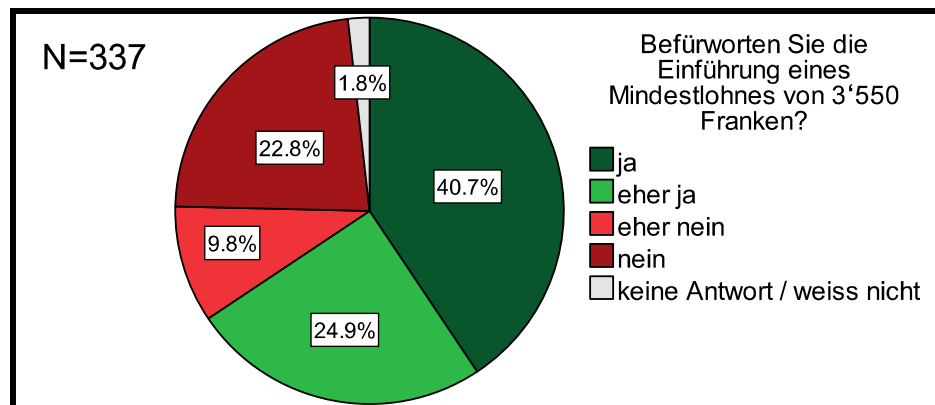


Abbildung 19: Mindestlohn (alle Befragten)

8.4.9 Pauschalbesteuerung Ausländer

Alle Befragten:

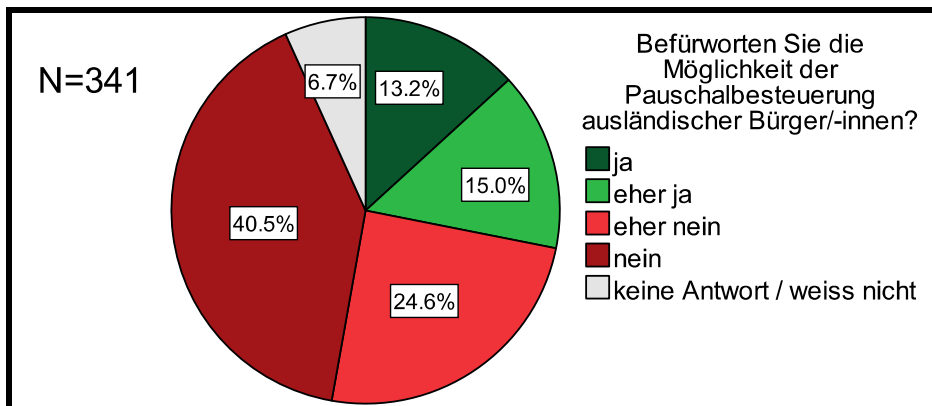


Abbildung 20: Pauschalbesteuerung Ausländer (alle Befragten)

8.4.10 Auflockerung Bankgeheimnis

Alle Befragten:

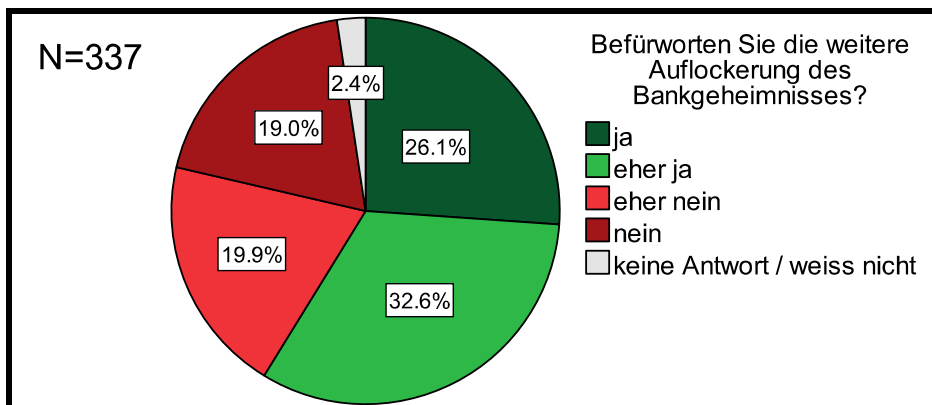


Abbildung 21: Auflockerung Bankgeheimnis (alle Befragten)

8.4.11 Beschränkung Manager-Gehälter

Alle Befragten:

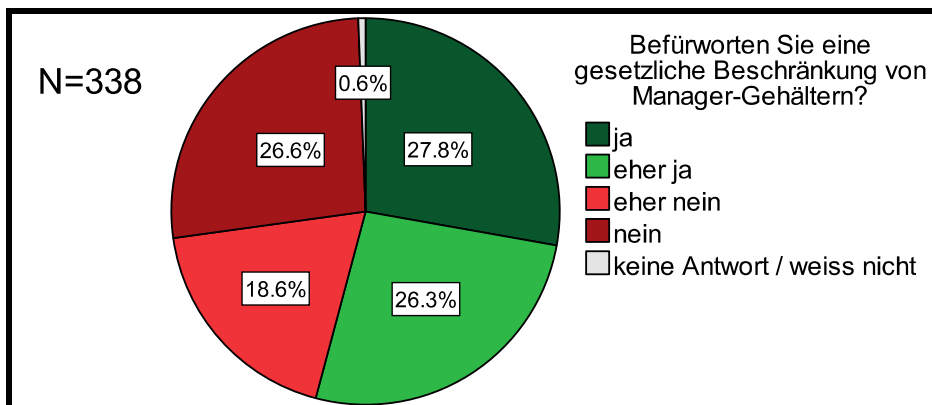


Abbildung 22: Beschränkung Manager-Gehälter (alle Befragten)

8.4.12 Aktive Sterbehilfe

Alle Befragten:

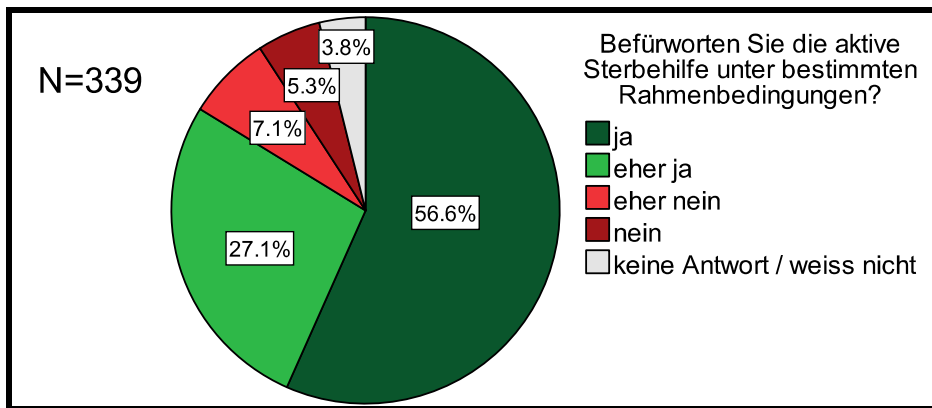


Abbildung 23: Aktive Sterbehilfe (alle Befragten)

8.4.13 Bau Atomkraftwerke

Alle Befragten:

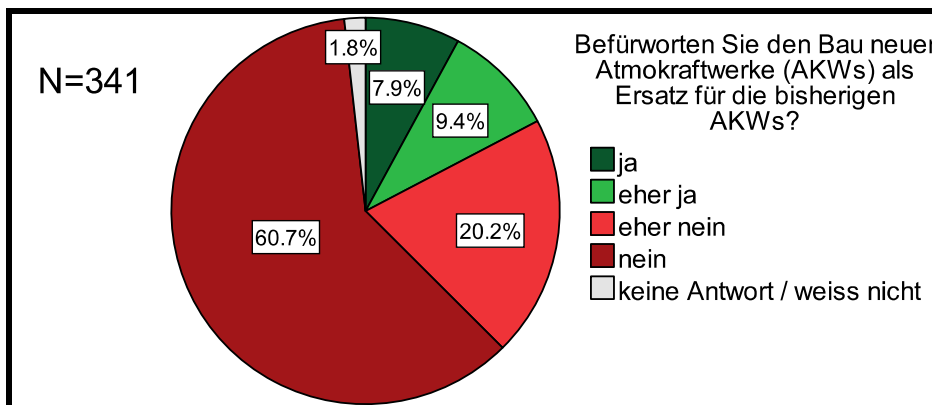


Abbildung 24: Bau Atomkraftwerke (alle Befragten)

8.4.14 Dispensierung Schulunterricht

Alle Befragten:

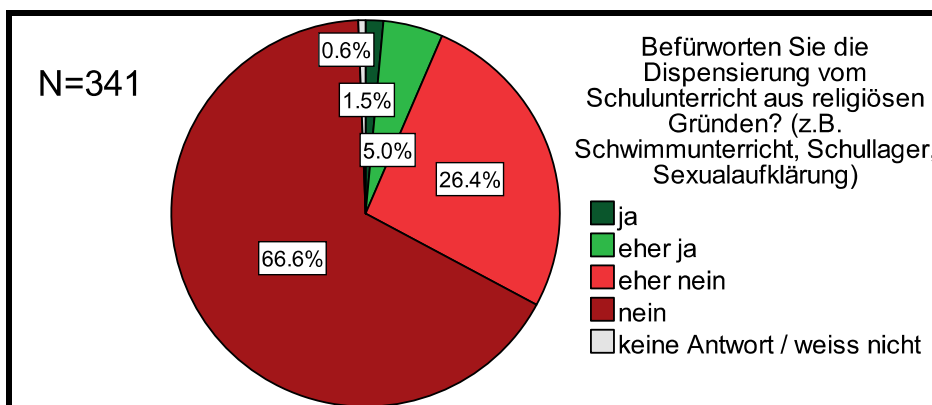


Abbildung 25: Dispensierung Schulunterricht (alle Befragten)

8.4.15 Integration Ausländer

Alle Befragten:

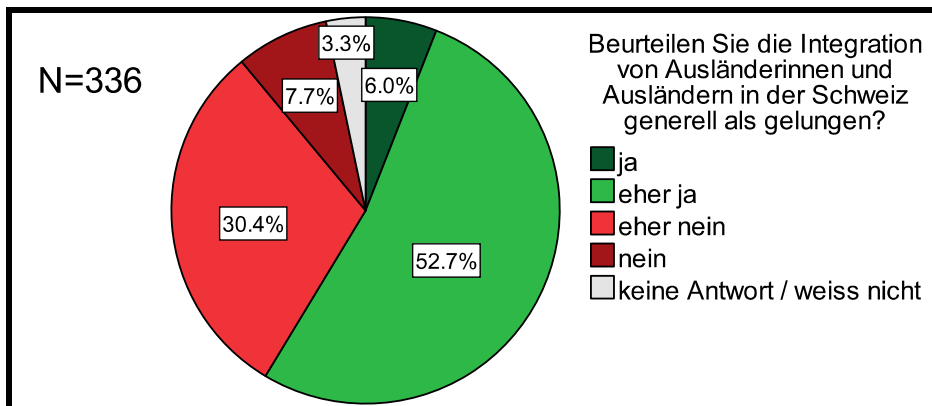


Abbildung 26: Integration Ausländer (alle Befragten)

8.4.16 Minarett-Verbot

Alle Befragten:

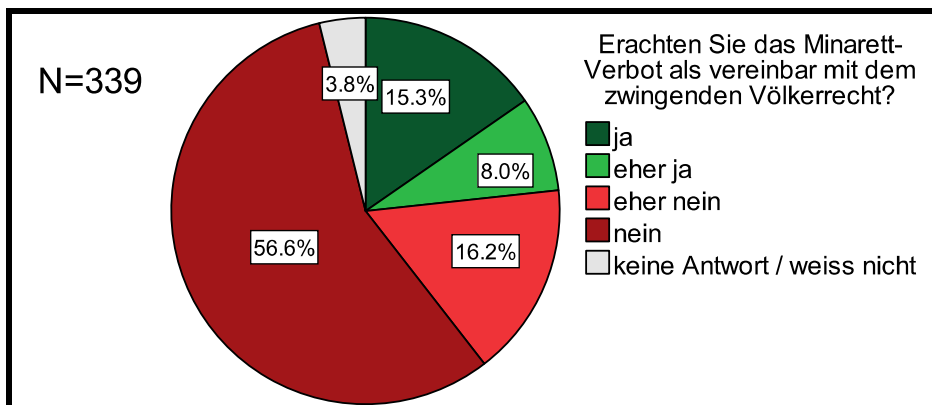


Abbildung 27: Minarett-Verbot (alle Befragten)

8.4.17 Obligatorischer Militärdienst

Alle Befragten:

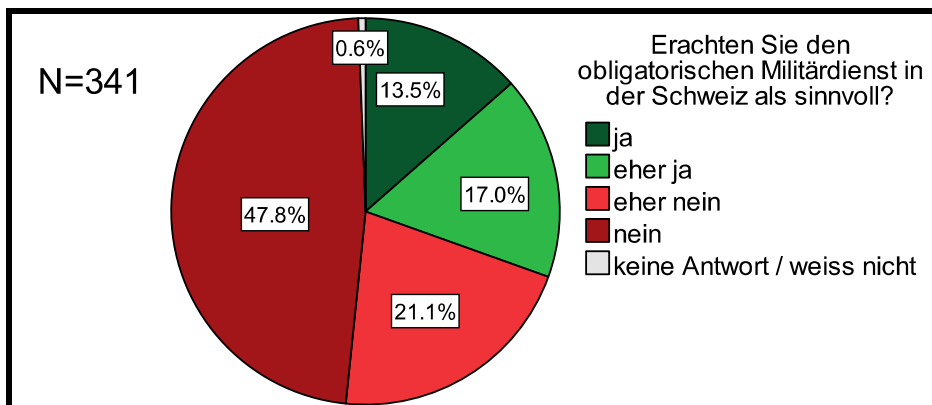


Abbildung 28: Obligatorischer Militärdienst (alle Befragten)

8.4.18 Neutralität

Alle Befragten:

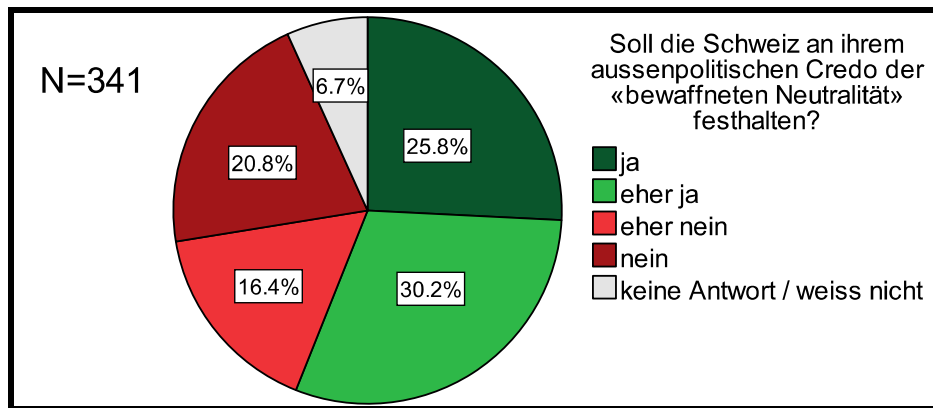


Abbildung 29: Neutralität (alle Befragten)

8.4.19 EU-Beitritt

Alle Befragten:

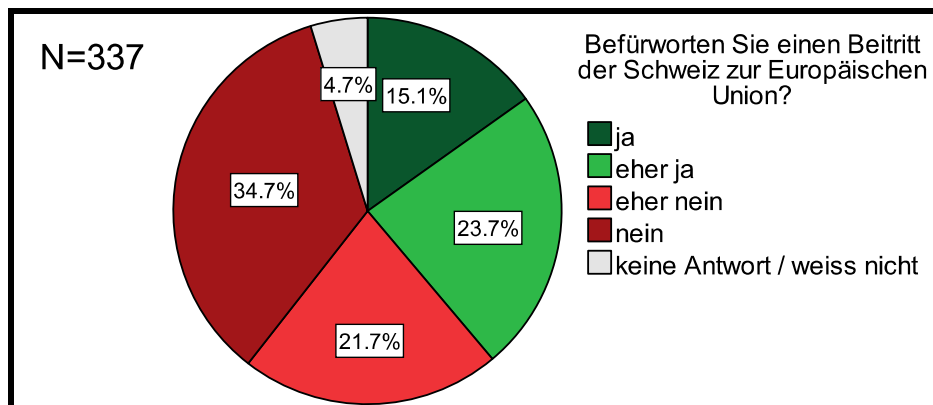


Abbildung 30: EU-Beitritt (alle Befragten)

8.4.20 Konkordanzprinzip

Alle Befragten:

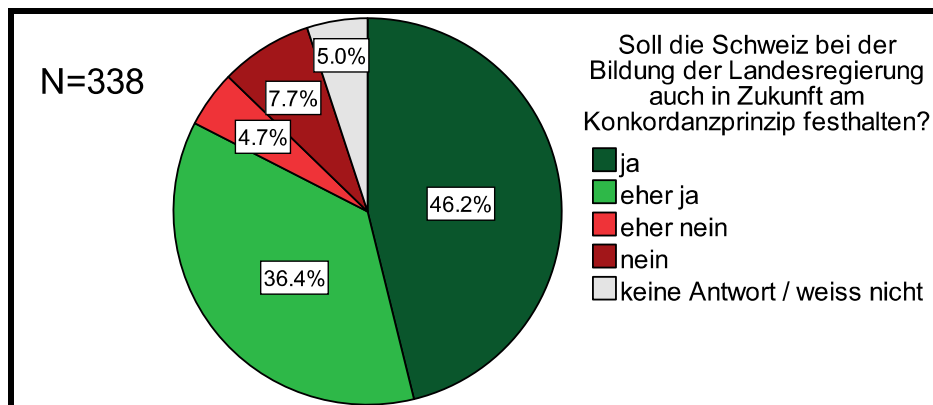


Abbildung 31: Konkordanzprinzip (alle Befragten)

8.4.21 Kollegialitätsprinzip

Alle Befragten:

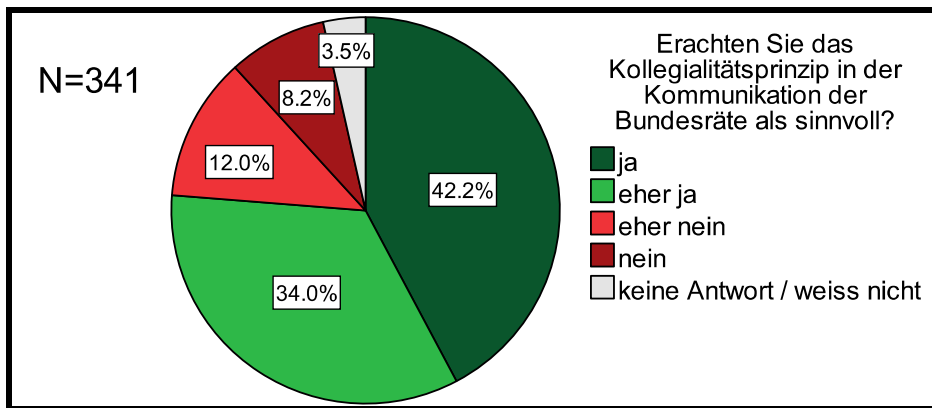


Abbildung 32: Kollegialitätsprinzip (alle Befragten)

8.4.22 Volkswahl Bundesrat

Alle Befragten:

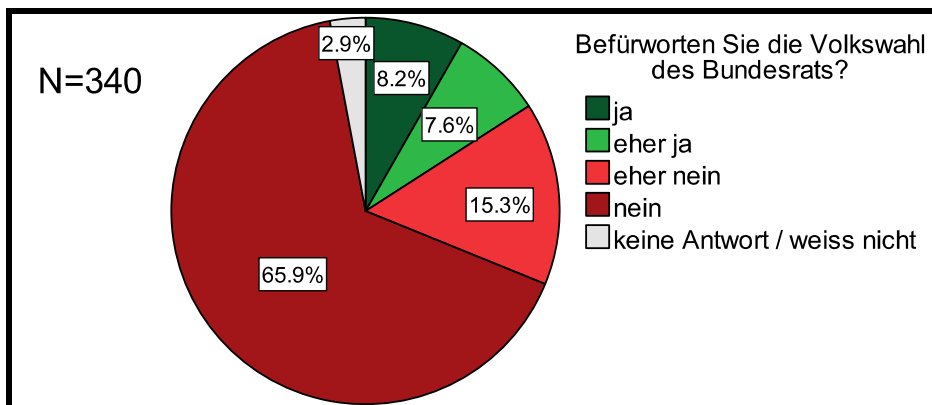


Abbildung 33: Volkswahl Bundesrat (alle Befragten)

8.4.23 Offenlegung Parteienfinanzierung

Alle Befragten:

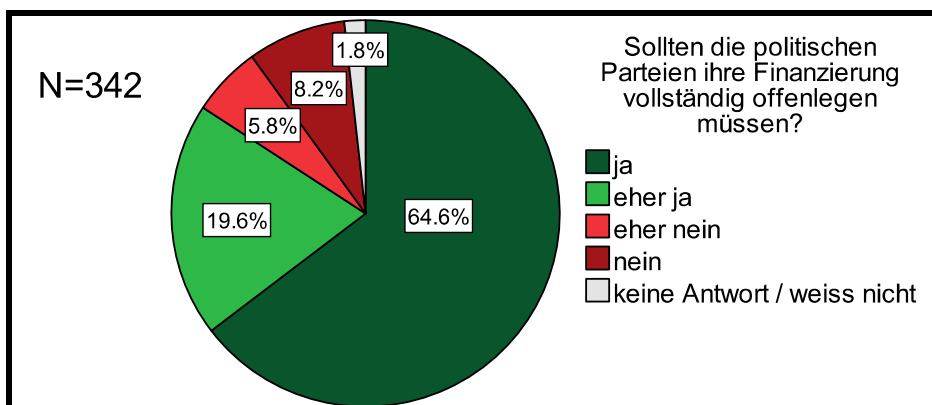


Abbildung 34: Offenlegung Parteienfinanzierung (alle Befragten)

8.4.24 Parteipräferenz

Alle Befragten:

Fälle (N=343) Antworten (N=378)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz → alle Befragten	Grüne	47	13.7%
	SP	103	30.0%
	Grünliberale	63	18.4%
	CVP	23	6.7%
	FDP	49	14.3%
	SVP	17	5.0%
	Andere Partei	11	3.2%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	43	12.5%
	Keine Antwort	22	6.4%
Gesamt	378	110.2%	

Abbildung 35: Parteipräferenz (alle Befragten)

Nur 18- bis 34-Jährige:

Fälle (N=153) Antworten (N=165)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz → nur 18- bis 34-Jährige	Grüne	18	11.8%
	SP	59	38.6%
	CVP	6	3.9%
	FDP	15	9.8%
	SVP	6	3.9%
	Grünliberale	28	18.3%
	Andere Partei	5	3.3%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	20	13.1%
	Keine Antwort	8	5.2%
Gesamt	165	107.8%	

Abbildung 36: Parteipräferenz (nur 18- bis 34-Jährige)

Nur 35- bis 44-Jährige:

Fälle (N=80) Antworten (N=93)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz → nur 35- bis 44-Jährige	Grüne	8	10.0%
	SP	14	17.5%
	CVP	8	10.0%
	FDP	16	20.0%
	SVP	8	10.0%
	Grünliberale	18	22.5%
	Andere Partei	5	6.3%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	11	13.8%
	Keine Antwort	5	6.3%
Gesamt	93	116.3%	

Abbildung 37: Parteipräferenz (nur 35- bis 44-Jährige)

Nur 45-Jährige und älter

Fälle (N=104) Antworten (N=114)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz → nur 45-Jährige und älter	Grüne	19	18.3%
	SP	29	27.9%
	CVP	8	7.7%
	FDP	18	17.3%
	SVP	3	2.9%
	Grünliberale	16	15.4%
	Andere Partei	1	1.0%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	12	11.5%
	Keine Antwort	8	7.7%
Gesamt	114	109.6%	

Abbildung 38: Parteipräferenz (nur 45-Jährige und älter)

Nur Frauen:

Fälle (N=94) Antworten (N=109)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz → nur Frauen	Grüne	19	20.2%
	SP	36	38.3%
	CVP	6	6.4%
	FDP	15	16.0%
	SVP	4	4.3%
	Grünliberale	12	12.8%
	Andere Partei	2	2.1%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	10	10.6%
	Keine Antwort	5	5.3%
Gesamt	109	116.0%	

Abbildung 39: Parteipräferenz (nur Frauen)

Nur Männer:

Fälle (N=242) Antworten (N=261)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz → nur Männer	Grüne	27	11.2%
	SP	66	27.3%
	CVP	17	7.0%
	FDP	33	13.6%
	SVP	13	5.4%
	Grünliberale	48	19.8%
	Andere Partei	9	3.7%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	33	13.6%
	Keine Antwort	15	6.2%
Gesamt	261	107.9%	

Abbildung 40: Parteipräferenz (nur Männer)

Nur Tageszeitungen:

Fälle (N=173) Antworten (N=184)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz → nur Tages- zeitungen	Grüne	19	11.0%
	SP	51	29.5%
	CVP	11	6.4%
	FDP	27	15.6%
	SVP	8	4.6%
	Grünliberale	32	18.5%
	Andere Partei	6	3.5%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	22	12.7%
	Keine Antwort	8	4.6%
Gesamt	184	106.4%	

Abbildung 41: Parteipräferenz (nur Tageszeitungen)

Nur Sonntags- und Wochenzeitungen:

Fälle (N=57) Antworten (N=64)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz → nur Sonntags- und Wochen- zeitungen	Grüne	13	22.8%
	SP	10	17.5%
	CVP	2	3.5%
	FDP	11	19.3%
	SVP	2	3.5%
	Grünliberale	8	14.0%
	Andere Partei	2	3.5%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	9	15.8%
	Keine Antwort	7	12.3%
Gesamt	64	112.3%	

Abbildung 42: Parteipräferenz (nur Sonntags- und Wochenzeitungen)

Nur Fernsehen:

Fälle (N=59) Antworten (N=69)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz	Grüne	6	10.2%
→ nur Fernsehen	SP	18	30.5%
	CVP	5	8.5%
	FDP	10	16.9%
	SVP	6	10.2%
	Grünliberale	14	23.7%
	Andere Partei	2	3.4%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	3	5.1%
	Keine Antwort	5	8.5%
Gesamt		69	116.9%

Abbildung 43: Parteipräferenz (nur Fernsehen)

Nur Radio:

Fälle (N=62) Antworten (N=70)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz	Grüne	9	14.5%
→ nur Radio	SP	27	43.5%
	CVP	5	8.1%
	FDP	5	8.1%
	SVP	1	1.6%
	Grünliberale	10	16.1%
	Andere Partei	2	3.2%
	Keine Repräsentation (explizit erwähnt)	9	14.5%
	Keine Antwort	2	3.2%
Gesamt		70	112.9%

Abbildung 44: Parteipräferenz (nur Radio)

Alle Befragten (ausgeschlossen «keine Repräsentation» und «keine Antwort»):

Fälle (N=278) Antworten (N=311)		Häufigkeit	Prozent der Befragten
Parteipräferenz → alle Befragten (ausgeschlossen «keine Repräsentation» und «keine Antwort»)	Grüne	47	16.9%
	SP	103	37.1%
	CVP	23	8.3%
	FDP	49	17.6%
	SVP	17	6.1%
	Grünliberale	61	21.9%
	Andere Partei	11	4.0%
	Gesamt	311	111.9%

Abbildung 45: Parteipräferenz (alle Befragten; ausgeschlossen "keine Repräsentation" und "keine Antwort")

8.4.25 Parteimitgliedschaft

Alle Befragten:

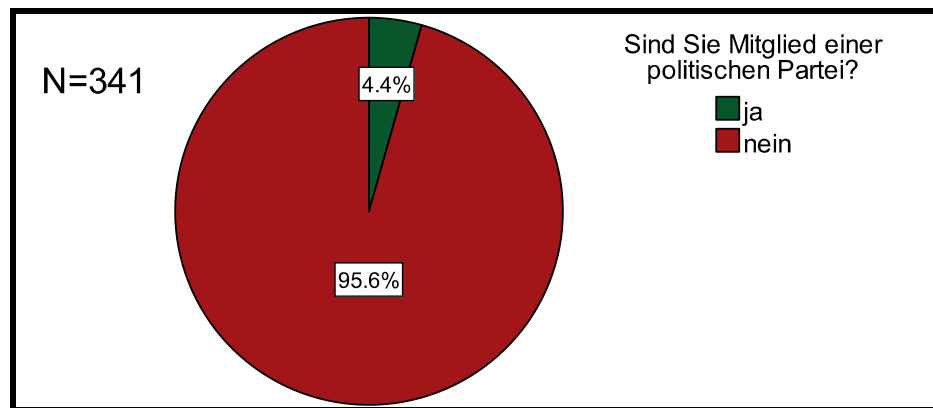


Abbildung 46: Parteimitgliedschaft (alle Befragten)

Nur Parteimitglieder (Aufschlüsselung):

N=15		Häufigkeit	Prozent
Parteimitgliedschaft	SP	6	40.0
	CVP	2	13.3
	FDP	4	26.7
	SVP	3	20.0
	Gesamt	15	100.0

Abbildung 47: Parteimitgliedschaft (nur Parteimitglieder; Aufschlüsselung)

8.4.26 Einstellungsänderung

Alle Befragten:

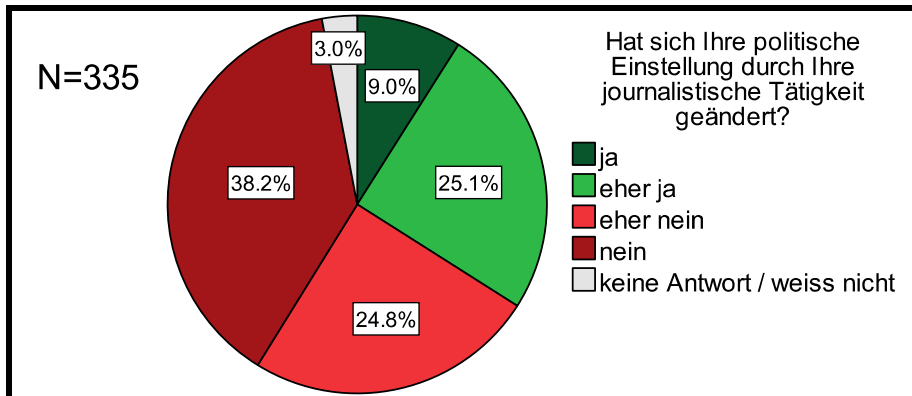


Abbildung 48: Einstellungsänderung (alle Befragten)

Nur Geänderte (Änderungsrichtung):

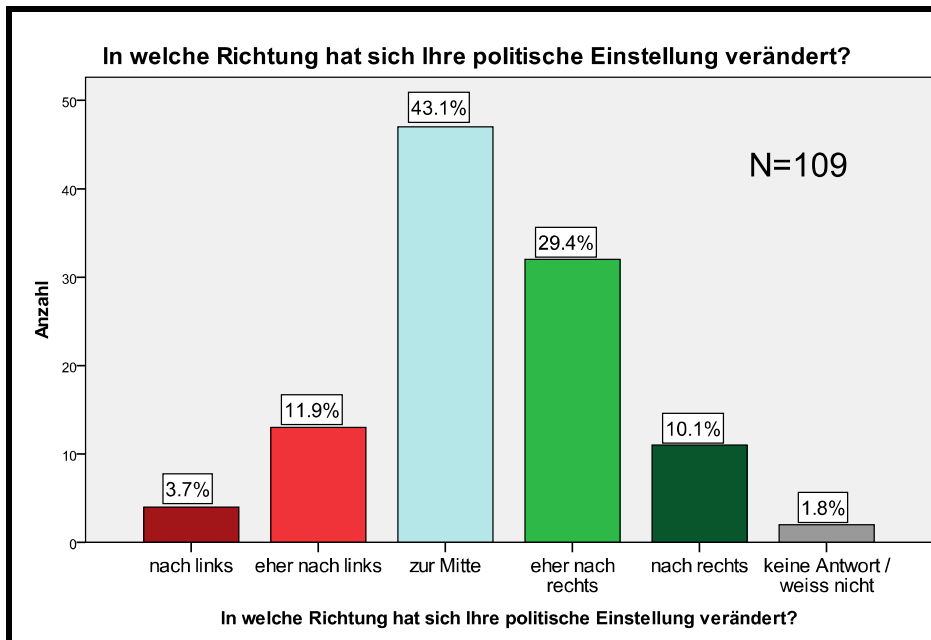


Abbildung 49: Einstellungsänderung (nur Geänderte; Änderungsrichtung)

8.4.27 Bewusste Einflussnahme

Alle Befragten:

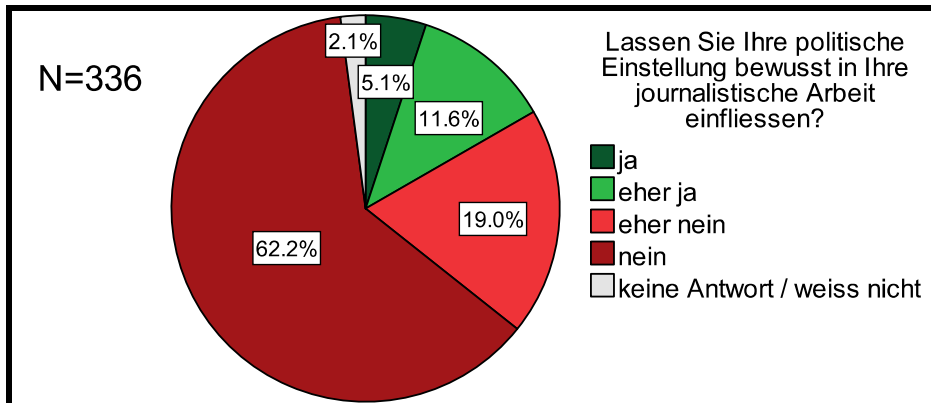


Abbildung 50: Bewusste Einflussnahme (alle Befragten)

8.4.28 Unbewusste Einflussnahme

Alle Befragten:

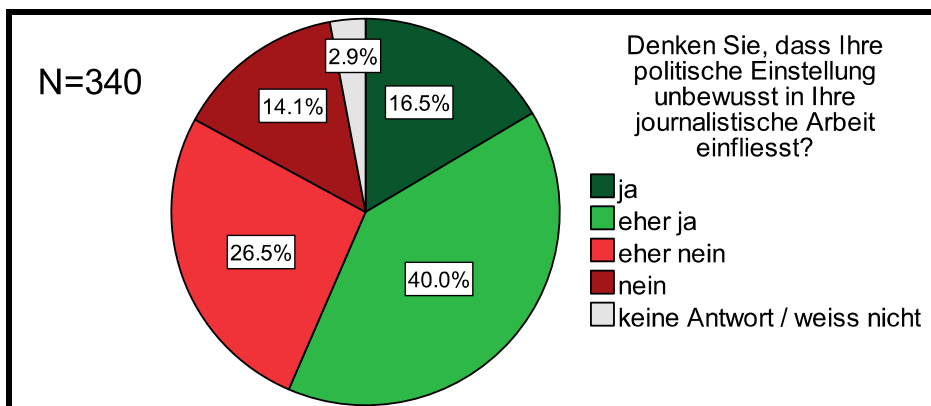


Abbildung 51: Unbewusste Einflussnahme (alle Befragten)

8.5 Rückmeldungen der Befragten

Folgende Kommentare und Feedbacks wurden von den Befragten auf dem Fragebogen hinterlassen. Die Rückmeldungen wurden unbearbeitet übernommen.

8.5.1 Einfluss politische Gesinnung

Rein schon durch die Wortwahl kann man Nuancen in Texten bestimmen, die keine Subjektivität mehr gewährleisten.

Meine politische Einstellung hat sich nicht nur (aber auch) durch die journalistische Tätigkeit geändert, sondern auch durch persönliche Erfahrungen einerseits und die Entwicklung der Parteien andererseits.

Die Fragen unter Punkt 3 sind die zentralen für die Fragestellung. Sie sind aber meiner Meinung nach zu wenig konkret und zuwenig umfassend. Man hätte auch nach Beispielen fragen müssen und in wie vielen Fällen ich selbst glaube, dass mein politische Haltung, die eindeutig links-grün ist, die Artikel beeinflussen. Ich wüsste schon ein paar Beispiele anzugeben.

Alle Journalisten behaupten von sich, absolut unabhängig zu sein und wertneutral zu berichten. Kommentierende Schreibe, früher ein auch bei den Lesern beliebtes Stilmittel, ist geächtet. Es wird streng nach Artikel und Kommentar getrennt. Neutral? Mitnichten! Journalisten werten allein schon durch die Auswahl und Gewichtung ihrer Themen und dabei sind sie – ob bewusst oder unbewusst – stark von ihrer politischen Gesinnung und Lebenseinstellung beeinflusst!

Die Gewichtung bestimmter Themen infolge Platzmangel und die Schreibe überhaupt kann nie objektiv sein. Unbewusst wird immer die eigene Meinung transportiert.

Ich denke, dass meine persönliche Einstellung eher in die Wahl und Gewichtung von Themen einfließt, weniger in die einzelne Arbeit, den einzelnen Artikel.

Der Einfluss der politischen Einstellung beginnt natürlich mit der Auswahl von Themen. Ich würde nicht behaupten, dass die Umsetzung als solche unbedingt politisch gefärbt sein muss, aber dass das politische Interesse die Auswahl mitbestimmt.

Da ich mich zum Beispiel für Umweltthemen und Natur interessiere, greife ich oft Themen aus diesen Bereichen auf und mache dazu eine Geschichte. Im Lokaljournalismus ist man häufig auf der Suche nach guten Geschichten und ist eher geneigt, über etwas zu schreiben, was einem auch Interessiert. Da die Interessen der Gesamtedaktion aber weit gestreut sind, gleicht sich dies auch wieder aus.

Frageblock 3 ist schwierig zu beantworten, da nicht klar ist, ob die Veränderung der politischen Einstellung durch die Arbeit oder das Älterwerden generell ausgelöst wird.

Je nach politischer Einstellung stellt man unterschiedliche Fragen oder greift verschiedene Themen auf und geht sie unterschiedlich an. Insofern hat die politische Einstellung sicher einen Einfluss. Dies ist mir allerdings bewusst, weshalb ich bei 3.3. eher nein antwortete.

Ich kann es mir nicht leisten, einem politisches Programm in der Themenwahl oder -aufbereitung zu folgen - ich muss froh sein, wenn ich interessante Geschichten finde. Eine

Geschichte ist dann eine Geschichte, wenn sie bisher Bekanntem widerspricht, oder Bekanntes in einer unerwarteten oder interessanten Weise weiterspinnt. Das politische Programm muss einem News-Journalisten Wurst sein, er hat den Auftrag die Leser bestmöglich zu informieren und wichtige Facetten über ein Thema ohne Auslassungen nach bestem Gewissen abzubilden. Ich bin überzeugt, dass meine politische Einstellung Privatsache ist und ich sie von meiner Arbeit als News-Journalistin sorgfältig trenne.

Die Fragen unter 3 - für das Thema der Arbeit eigentlich die wichtigsten - wären weiter zu spezifizieren und zu konkretisieren, um aussagekräftig zu werden. Z.B.: Wie beeinflusst die Einstellung die Arbeit? (wohl bereits in der Themenwahl und -gewichtung, nicht erst in der konkreten Ausführung)

Ich denke, dass meine Einstellung, welche in meine Arbeit einfließt, weniger mit Parteipolitik, als mit meinem Selbstverständnis als liberaler und entsprechend sachlich argumentierender Ökonom zu tun hat. Journalistische Arbeit soll m.E. nicht parteipolitisch sein, sollte aber sachlich liberale ökonomische Standpunkte vertreten. Entsprechend wirken die Fragen auf mich etwas irreführend.

Ich bin mir meiner politischen Ausrichtung sehr bewusst. Diese ist eher rechts, und sicher seit dem Studium rechter geworden. Allerdings: Nur in wirtschaftlichen und politischen, weniger in gesellschaftlichen Belangen. Ich fühle mich allerdings weder von der FDP noch von der SVP noch sowieso von irgendeiner der Parteien, so wie sie heute aufgestellt sind, wirklich vertreten. Sprich, mein mehr als in der Mitte liegendes konservativeres Gedankengut fließt bewusst in meine Wirtschaftsberichterstattung ein.

In der Auswahl und Gewichtung von Themen hat die politische Ausrichtung allenfalls ein wenig Einfluss - in der Bearbeitung dann nicht mehr. Hier verstehe ich mich als "Sprachrohr" verschiedener Ansichten, die ich nicht zu kommentieren oder zu werten habe.

Ich bin überzeugt, dass die politische Einstellung auf die Art der Berichterstattung keinen Einfluss hat. Journalisten sind sich gewohnt, die persönliche Meinung für sich zu behalten. Nicht nur in der politischen Berichterstattung, sondern auch bei alltäglichen Themen, müssen wir unsere persönliche Meinung zurück halten. Beispielsweise bei der Berichterstattung über das umstrittene Minarett-Verbot habe ich Befürworter und Gegner im gleichen Mass berücksichtigt, obwohl mir das JA zum Verbot als Schweizer Bürger mehr als nur peinlich war.

Das bewusste Einfließenlassen ist nicht so absolut und tendenziös wie es aufgrund der Beantwortung der Frage scheint. Selbstverständlich bereite ich meine Artikel möglichst objektiv

auf, biete beiden Seiten eine Ausdrucksmöglichkeit und gebe etwa nicht einer politischen Partei eine grössere Plattform als einer andern. Aber ich habe "eher ja" gewählt, weil ich mir schon bewusst überlege, welche Themen ich vorschlage und auf welche -meiner Meinung nach wichtigen- gesellschaftlichen Probleme ich damit aufmerksam machen will. Das bewusste Einfließenlassen zeigt sich also hauptsächlich in der Auswahl der Themata und dann vor allem in der Wahl von Gesprächspartnern und des Genres (Bsp. Ich-Protokoll > hohe Betroffenheit).

Ich bin nicht so naiv zu glauben, dass es wertfreien Journalismus gibt. Aber: Ein Bäcker wird kein linkes oder rechtes Brot backen wollen, sondern ein gutes. Genauso ist es mein Ziel, qualitativ guten Journalismus zu machen. Journalismus ist ein Handwerk, das man gut oder schlecht machen kann.

Die Fragen zum Einfluss von Haltung auf dem Journalismus sind auf ärgerliche Weise naiv bzw. viel zu verkürzt. ZB kann sich eine journalistische Haltung durch kritische Recherchen nach allen Seiten ausdrücken. Ausserdem halte ich es für verlogen, wenn Journalisten von sich behaupten, nicht politisch zu sein bzw. objektiv. Sie übernehmen mit Ihren Fragen solche Klischees - und arbeiten damit an Ihrem Thema vorbei.

Ich sympathisiere mit der SP, habe aber stets auch kritische Artikel über SP-Exponenten recherchiert und geschrieben (Beispiele: Bauaffäre von Peter Bodenmann in Brig, Forschungsaffäre von Regine Aepli in Zürich. Mein Credo heisst: Man sollte den Mächtigen auf die Finger schauen, egal woher sie kommen.

Die Frage bei 3.3. müsste zusätzlich sein, sind Sie sich dessen bewusst? Jeder, der nein schreibt, ist ein schlechter unreflektierter Journalist. Man muss sich täglich aktiv Mühe geben, dass man sich seiner politischen Überzeugungen bei der Arbeit bewusst ist.

Inwiefern ein Journalist seine Berichte politisch "färbt", zeigt sich an folgenden Merkmalen: 1. Welcher Blickwinkel wirft er auf ein Thema. 2. Über welche Themen bzw. Aspekte eines Themas berichtet er nicht. 3. Hat er einen Primeur, werden dann "linke" oder "rechte" Interessen befriedigt? Daraus geht hervor wer die Quelle ist und beantwortet letztlich die Frage, in welche Kreise der Autor gut vernetzt ist.

Unter Berücksichtigung dieser Punkte ist es ein Leichtes, die politische Haltung eines Mediums bzw. eines Journalisten herauszufinden. Besonders aussagekräftig sind Berichte, die nicht direkt aus der Aktualität entstehen und an die Moral appellieren.

Ich bin mir meiner politischen Einstellung bewusst, versuche aber diese BEWUSST nicht in meine Berichterstattung einfließen zu lassen. Bei Kommentaren versuch ich immer noch neue Aspekte/Argumente zu finden. Zum Beispiel mit einem Blick über den Tellerrand.

Der Einfluss der eigenen politischen Einstellung ist vermutlich am Ehesten bei der Themenauswahl auszumachen. Man schreibt lieber eine Geschichte, die einen selber interessiert, fasziniert, überzeugt oder aufregt. Allerdings versuchen sicher die allermeisten Journalisten auch bei Themen, die einen selber betreffen oder man eine Meinung hat (Bsp. AKW) ausgeglichen zu berichten und alle Standpunkte zu berücksichtigen.

8.5.2 Untersuchung allgemein

Ich finde die Diskussion über die politische Haltung von Journalisten überbewertet. Ich selber finde es gerade ein journalistisches Privileg, sich politisch nicht nach irgendwelchen Doktrinen festlegen zu müssen. Als Journalist bin ich primär an guten Geschichten, spannenden Kontroversen interessiert. Mir fällt auf, dass die These der linken Journalisten vor allem von Leuten aufgestellt wird, die derart weit rechts stehen, dass aus ihrer Perspektive alles links ist. Statt über die politische Haltung von Journalisten zu diskutieren, wäre es sinnvoller, die Rahmenbedingungen im (Print-)Journalismus zu durchleuchten, die immer prekärer werden (Stellenabbau). Guter Journalismus braucht genügend Ressourcen.

Sinnvoller als eine solche Umfrage, die nur einer Partei in die Hände spielt - nämlich der SVP - wäre die Recherche bezüglich der Parteienfinanzierung.

Bitte beachten Sie für Ihre Untersuchung, dass Sie auf diesem Weg kaum repräsentative Resultate erhalten und möglicherweise systematisch bestimmte Journalistengruppen nicht teilnehmen, was das Resultat verzerrt. Danke.

Minarett-Verbot ist nicht mit der Religionsfreiheit (BV) vereinbar, weil es Angehörige anderer Religionen diskriminiert. Warum sollen Muslime keine Kirchtürme bauen dürfen, nur weil sie Muslime sind?

Den Ansatz, den ich hinter diesem Fragebogen vermute, finde ich grundsätzlich gut. Jedoch bezweifle ich, als ehemaliger Studierender, dass die hier gestellten Fragen Aufschluss über die Fragestellung Ihrer Arbeit liefern. Denn die Absichten hinter den Fragen sind zu offensichtlich und werden wohl von jedem Journalisten, der sich differenziert mit der Thematik auseinandergesetzt hat, als eher politisch links beantwortet! Eine implizite Forschungsmethode (Bsp. Interviews mit subtileren Fragen) wäre hier auf den ersten Blick (!) wohl angebracht.

Grundsätzlich mache ich gerne bei solchen Umfragen mit, da ich ebenfalls am Thema interessiert bin. Allerdings finde ich die Fragen etwas gar oberflächlich gestellt respektive einige etwas unpräzis.

Zur Oberflächlichkeit: Wie überall im Leben zeichnen sich Sympathien/Antipathien für eine Idee (in diesem Fall eine politische Partei) nicht unbedingt nur durch eine Mitgliedschaft aus. Es hat sich im öffentlichen Diskurs aber herausgebildet, dass, wer Mitglied ist, politisch gefährdet ist (... wie ist es mit ehemaligen Mitgliedern???). Angenommen, ich spende einer Partei jährlich das zig-fache eines Mitgliederbeitrages, tätige das Kreuzchen auf dem Einzahlungsschein aber bei "Spenden" anstatt "Mitgliederbeitrag", bin ich dann "unabhängiger"? - Aus diesem Anlass finde ich auch die Offenlegungsregister in Parlamenten zwar gut, aber nicht das Gelbe des Eis. Die Frage der Abhängigkeiten/Politischen Orientierung müsste viel weiter abgesteckt werden. (Ich weiss, das würde den Rahmen der Bachelorarbeit wohl sprengen ...). Und dann noch ein anderer Hinweis, der vielleicht in anderer Form in Ihre Arbeit Einfluss finden kann: Umgekehrt betrachtet beklagen sich Politikerinnen und Politiker immer wieder über unwissende Journalistinnen und Journalisten, respektive dass sie nur noch für ein Quote anrufen und den Rest gar nicht verstehen. Es könnte ja durchaus auch im Sinn der Politikerinnen und Politiker sein, wenn Medienschaffende zumindest eine politische Vergangenheit hätten??? - Diese Frage wird kaum je umgekehrt gestellt. Dann wäre nämlich die Transparenz auf einmal wichtiger; und erhielte (auf beiden Seiten!!!) die ihr zustehende Stellung. Auf Medienschaffenden-Seite gibt's dazu nichts einfacheres, als sich mit dem Medium/den Medien und den entsprechenden Macherinnen und Machern auseinander zu setzen: Es gibt wohl kaum eine Arbeit, die so transparent ist und jeden Tag, jeden Moment (bei elektronischen Medien) direkt überprüft werden kann ...

Zur Unpräzision: zum Beispiel 2.1: Das ist ja genau definiert, und beinhaltet längst nicht mehr alle Briefsendungen. 2.7: In erster Linie gehts für mich da um die so genannte Minder-Initiative und die ist eine Verfassungsinitiative. Die Gesetzes-Lösungen (als Gegenvorschlag) sind ein zweites Paar Schuhe. 2.17 sehe ich den Zusammenhang nicht zwischen politischer Orientierung und Bundesrats-Kommunikation. Wenn schon ist die politische Dimension dieser Frage doch das Kollegialitätsprinzip generell (und nicht nur die Kommunikation betreffend - denn es gibt rechte und linke Bundesratsmitglieder welche die Kollegialität jeweils nach Gutdünken für sich anders auslegen je nach Situation; bisweilen sogar innert kurzer Zeit widersprüchlich ...).

Die Fragen sind m.E. nicht immer so gestellt, dass Rückschlüsse auf die politische Ausrichtung und Einstellung erlaubt wären, sie sind eher parteipolitisch motiviert: Beispiele: Nur weil man für einen EU-Beitritt ist, muss man nicht links sein. Falls man nicht einverstanden ist mit der Höhe der Gebühren, findet man sie dann zu hoch oder zu tief? Wenn man gegen

die Pauschalbesteuerung für Ausländer ist, weil es eine Ungleichbehandlung gegenüber Inländern ist, soll dann die Pauschalbesteuerung für Ausländer abgeschafft oder für Inländer eingeführt werden (m.E. Zweiteres). Grundätzlich bin ich liberal, leider werde ich durch keine Partei repräsentiert.

Generell bin ich der Meinung, dass der Einfluss der Medien komplett überschätzt wird. Die Nutzer neigen immer mehr dazu, nur noch das Medium zu nutzen, dass ihre eigene Einstellung widerspiegelt.

Schema durch die klassische Einteilung 'links, rechts, mitte' etwas 'starr'.

Ihre Umfrage basiert auf der Annahme, dass kontrastierende politischen Parteien Mehrheits-Paradigmen abbilden. In Wirklichkeit tun sie es eher nicht mehr. Partei-Logos bezeichnen eher Netzwerke von Interessenvertretern und Karrieristen. Die wirklichen politischen Demarkationslinien verlaufen möglicherweise anders. Vor allem bei Journalisten.

Meinen Sie wirklich, dass die Fragen ehrlich beantwortet werden? - Ich bin das skeptisch; es ist einfacher mit Journalisten über ihre sexuellen Praktiken zu reden als über ihre politische Einstellung. Selbstverständlich fließt die politische Einstellung bei jedem ein; die entscheidende Frage ist, ob es offen oder verdeckt passiert.

Nicht alle Journalisten sind links, aber alle sind freiheitsliebend